

Bezugspreis monatlich 7000.—
in der Reichsmark 71000.—
dazu Belegungsboten 72000.—
am Postamt 70910.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 80000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.

Verl.-Bü.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200288 in Posen.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Er scheint an allen Werttagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 1500.— M.
Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M.
Reklameteil 4000.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Die Minderheiten in Deutschland.

Folgender Bericht über eine Studienreise in der deutschen Nordmark entwirft ein bezeichnendes Bild über die Lage der Minderheiten in Deutschland:

... Beginnen wir mit den von der Besichtigung der dänischen Privatschule erhaltenen Eindrücken. Diese von der dänischen Regierung erbaute Schule ist so gut wie fertig. Auf einer hübschen Anhöhe steht das erhabene Gebäude über dem Wasser. Es ist in architektonischer Hinsicht großartig... Und der pädagogische Lehrkörper? An der Spitze der Schule steht einer der hervorragendsten Pädagogen, den Dänemark seinen Brüdern nach Flensburg entsandt hat, der dänische Staatsangehörige Dr. Hansen. Die Lehrer sind ebenfalls dänische Staatsangehörige... Dann führen die Vertreter fort und besichtigen das sogenannte Flensborghus, in dem sich eine herrliche Bibliothek befindet. An der Spitze der Bibliothek steht ein Professor, ebenfalls dänischer Staatsangehöriger, dem etwa fünf Referenten mit akademischer Bildung — Dänen — zur Seite stehen. Aus diesem Hause wandern besondere fliegende Bibliotheken in das Gebiet und tragen in das dänische Volk Bildung und Nationalbewußtsein. Der Leser findet alle periodischen Ausgaben Dänemarks. Alle Tageszeitungen und Wochen- und Monatschriften gehen dort aus Dänemark umsonst ein... überall ungezählte Bilder, die von Dänemark sprechen, überall die nationalen Farben Dänemarks.

... Wir sind im „Heimathaus“ (Hjemmet) — im Hause der dänischen Pfadfinder. Schließlich werden wir in ein Haus — „Bürgerverein“ — geführt, das bereits seit 1848 besteht. Es ist ein historisches Haus und dient von altersher als Versammlungs- und Beratungsort und für politische Konferenzen.

Nun gehen wir zur Besichtigung der Presse über. Zuerst also die älteste dänische Zeitung „Flensborg Avis“. Ein eigenes, renoviertes Haus, eine Bibliothek, ein Archiv und eine große Druckerei. Dänemark sendet nach hier allerlei Drucksachen, wie Bücher usw. zur Ausführung.

Wir besichtigen die dänische Kirche, die von Deutschen aus öffentlichen Mitteln gebaut worden ist, und erfahren, daß in ihr zwei Pastoren tätig sind, ebenfalls dänische Staatsangehörige, hervorragende Volksführer.

Am Nachmittag begann die sogenannte Jahresversammlung, die dritte, alljährliche, traditionelle Versammlung der Dänen, die die deutschen Behörden genehmigten. Diese Versammlung ist eine Revue der nationalen Kräfte und ein lebendiger Beweis, daß die bei Deutschland verbliebenen Dänen auf ihrem Posten stehen und um ihr Recht kämpfen und kämpfen werden... Die Feier wurde durch das Spielen des dänischen Liedes „Kongernes Korge“ geschlossen.

Dieser Bericht, aus dem wir nur einen Auszug bringen, zeigt nicht etwa in einer deutschen „halbsittlichen“ Zeitung, sondern — in dem „Dziennik Berlinski“. Sein Verfasser ist der preussische Landtagsabgeordnete Barczewski, der Führer der Polen in Deutschland. Einen besseren Kronzeugen für die Behandlung der Minderheiten in Deutschland kann man sich schwerlich wünschen. Der Bericht strahlt alle Behauptungen von der Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Preußen Lügen. Er steht auch in grellem Widerspruch zu den Berichten der polnischen Presse über die Lage der Dänen in Preußen. Er verkündet vor aller Welt, daß Preußen, das vielgeschmähte, den in Preußen lebenden Dänen gestattet, eigene Schulen zu bauen, mit Geldern, die der dänische Staat zur Verfügung gestellt hat; Preußen gestattet der dänischen Minderheit, sich von rein dänischen Lehrern bilden zu lassen; Preußen baut für die Dänen Kirchen und holt rein dänische Pfarrer nach Flensburg. Nicht genug damit: Preußen gestattet, daß die dänischen Propagandaschriften nach Preußen zur Verbreitung unter den Deutschen dänischer Nationalität eingeführt werden, und Preußen schreitet nicht ein, wenn den dänischen Zeitungen in Preußen reichsdeutsche Unterstützungsgelder in Form von „Druckaufträgen“ zufließen. Das ist die preussische Minderheitenpolitik. Preußen sieht keinen Anlaß zum Einschreiten, wenn öffentlich Bilder aus der dänischen Geschichte ausgestellt werden und die nationalen Farben Dänemarks gezeigt werden. Das ist die preussische Minderheitenpolitik.

Dieser Bericht zeigt, daß zwischen der Minderheitenpolitik Preußens und der Minderheitenpolitik Polens doch ein sehr erheblicher Unterschied besteht. Nur zwei Punkte seien hervorgehoben: die öffentliche Tätigkeit reichsdänischer Lehrer in Deutschland und die ungehinderte Verwendung reichsdänischer Unterstützungsgelder für dänische kulturelle Zwecke in Deutschland. Man lese einmal „deutsch“ statt „dänisch“ und „Polen“ statt „Deutschland“, — es bedarf keines Zusatzes.

Aber noch etwas geht aus diesem Bericht unzweideutig hervor, nämlich dieses: wie becheiden die deutsche Minderheit in Polen ist.

Der Papst und die deutschen Domherren.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Welche Annahme die Resolution der polnischen Dekane zwecks Beseitigung der deutschen Domherren, die dem Papst durch den Kardinal Dalbor überreicht werden soll, in Rom finden dürfte, läßt sich nach dem am 16. Juli 1921 vom Papste an die polnischen Bischöfe gerichteten Rundschreiben nicht gerade schwer voraussagen. Der Papst wendet sich an die Bischöfe mit folgenden Ermahnungen:

„Wenn die Völker in Interessenskonflikte verwickelt sind, muß der Oberhirt, der gemeinsame Vater der Gläubigen, vollkommen unparteiisch bleiben, und kann sich nicht auf die Seite des einen oder des anderen Landes stellen.“

Welcher Art soll das Verhalten der Geistlichkeit, insbesondere der Bischöfe in politischen Angelegenheiten sein? Wir haben diese Frage in unserem Schreiben an den belgischen Episkopat am 10. Februar d. Js. (1921) besprochen. Es genügt, hier die fundamentalen Grundsätze zu wiederholen:

So wie es einerseits die Pflicht der rechtmäßigen weltlichen Gewalt ist, alles zu regeln und anzuordnen, was den Staat betrifft, so ist es die Aufgabe der Diener Gottes, stets eingedenk zu sein der Worte des Apostels an die Hebräer (X, 1):

„Jeder Priester, aus den Menschen genommen, wird für die Menschen bestellt in ihren Angelegenheiten bei Gott.“

Weider Gewalt in Polen soll im Interesse des Gemeinwohls die Geistlichkeit in der Erfüllung ihrer schweren Aufgaben unterstützen. Sollte der Staat sich anmaßen, das Verhältnis seiner Bürger zu Gott zu regeln, so würde er seine Gewalt mißbrauchen.

Ihrerseits dagegen dürfen die Bischöfe und anderen Mitglieder der Geistlichkeit, trotzdem sie wie andere Bürger von ihren Bürgerrechten Gebrauch zu machen das Recht haben, dennoch als Diener Christi und Spender der göttlichen Gnadenmittel, die Macht ihres Amtes nicht ausüben im Dienste öffentlicher Interessen. Es ist ihre Pflicht, mit Wort und Beispiel Gehorsam gegen das Recht und die staatliche Gewalt zu predigen und vor allem den religiösen und moralischen Aufbau des Volkes als Ziel vor Augen zu haben.

Sie müssen es ebenfalls als ihre Pflicht ansehen, als Aufgabe, die Sorgen für alle Verwalter des geistlichen Amtes sein soll, die Dienste der brüderlichen Nächstenliebe auch ihren Brüdern im Priesteramt zu opfern, wenngleich sie auch andere Überzeugung auf politischem Gebiete hegen oder anderer Nationalität oder eines anderen Ritus sein sollten.

In der Überzeugung, daß es auch in Eurem Vaterlande so sein möge, erteilen wir Euch von ganzem Herzen unseren apostolischen Segen.“

Der Verfasser dieser Zuschrift ist ein polnischer Katholik

Die Proklamation der deutschen Regierung.

Die deutsche Regierung erläßt folgende Proklamation an das deutsche Volk über die Aufgabe des passiven Widerstandes:

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. Über 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden, für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen, Hunderte schmachten noch in Gefängnissen.

Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erhoben sich Rechtsgefühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Wajonetten zu arbeiten. Für diese dem Deutschen Reich in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk. Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterstützungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Billionen Mark, in der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einseitige Produktion des Rheinlandes und Ruhrgebiets hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbefetzten Deutschland ist erloschen. Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nächsten Existenz für unser Volk unmöglich wird.

Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzugeben. Wir wissen, daß wir damit von der Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere seelische Opfer als bisher verlangen. Heroisch war der Kampf, beispiellos ihre Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die im besetzten Gebiete duldeten. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen aufgaben, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterlande die Treue zu brechen.

Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Vertriebenen zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte. Reichspräsident und Reichsregierung versichern hierdurch feierlich vor dem deutschen Volke und vor der Welt, daß sie sich zu keiner Annahme verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reiche loslöst. In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Annahme dieser Auffassung Deutschlands den Frieden wiedergeben oder mit Verweigerung dieses Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen.

Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfung und materieller Not treu zusammenzustehen. Nur so werden wir alle Abtötung auf Zeit zurückzuführen des Reiches zunichte machen. Nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten. Nur so werden wir die Freiheit gewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist.

Berlin, 26. September 1923.
Der Reichspräsident: Ebert. Die Reichsregierung: Dr. Stresemann, Schmidt, Dr. Gehler, Dr. Brauns, v. Raumer, Dr. Radbruch, Defer, Dr. Luther, Soltmann, Dr. Hilferding, Fuchs, Dr. Goefle.

Eine Rede Stresemanns.

Im Auswärtigen Anstuf des Reichstages ergriff der deutsche Reichskanzler das Wort und betonte, daß er angesichts der schweren Entscheidung, die die Reichsregierung getroffen habe, ein Bild der außenpolitischen Lage zu geben wünsche, wie sie sich seit dem Wechsel des Kabinetts vollzogen habe. Die Reichsregierung habe sich entschlossen, den passiven Widerstand aufzugeben, und werde demzufolge die Verordnungen zurückziehen, die

sich auf seine Durchführung bezogen. Der passive Widerstand hätte seinen Höhepunkt überschritten und seine anfängliche moralische Stütze eingebüßt. Eine nachträgliche Kritik, ob er durch eine andere Führung hätte erfolgreicher gestaltet werden können, ändere nichts an dieser Tatsache. Nach der Angabe der berufensten Vertreter aus den besetzten Gebieten hätte der passive Widerstand nur noch eine gewisse Zeit aufrechterhalten werden können, ohne ihn der Gefahr eines Zusammenbruchs in sich selbst auszuliefern.

Der Reichskanzler legte dann des näheren das Verhältnis der Ruhrausgaben zu der Finanzlage des Reiches dar, das in Wäbe den schwersten finanziellen, in seinen Folgen nicht zu übersehenden Zusammenbruch zu bringen drohte. Er wandte sich dabei gegen diejenigen, die heute die schärfsten Steuermaßnahmen zur Fortführung des passiven Widerstandes forderten, und die die gleichen seien, die sich noch soeben gegen die angeblich allzu große Belastung durch die zuletzt vom Reichstag bewilligten neuen Steuern gewandt hätten.

Die Überlegung, ob die Fortführung des passiven Widerstandes durch einen teilweisen Abbau der Ruhrkredite möglich gewesen sei, hätte ein negatives Resultat ergeben. Durch eine solche Maßnahme sei weder der passive Widerstand nachdrücklich aufrechterhalten, noch auch die Gefahr des finanziellen Chaos abzuwenden gewesen. Dem drohenden vollkommenen Währungsverfall hätte man so nicht entgegenzutreten können.

Nach Prüfung der Sachlage habe sich daher das Reichskabinet schon vor längerer Zeit entschlossen, die Aufgabe des passiven Widerstandes zu erwägen. Die Versuche, die Stilllegung des Widerstandes zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen usw. seien erfolglos geblieben, da der französisch-belgische Ministerpräsident sich auf den Standpunkt festgelegt hätte, vor Abbruch des Widerstandes nicht in Verhandlungen einzutreten. So habe man sich dazu entschließen müssen, den Ruhrkampf aus innerdeutschen wie außenpolitischen Momenten aufzugeben, weil dessen Fortführung ohne jeden Zweifel zu einem vollkommenen Zusammenbruch im Innern geführt hätte. Diese Sachlage sei geschaffen worden durch die Entwidlung der machtpolitischen Verhältnisse, die stärker gewesen seien als die moralische Gegenwehr, die das Deutsche Reich demgegenüber hätte aufzubringen vermocht. Was die Vorbereitungen betrafte, um das Ruhr- und Rheingebiet nunmehr in einen einigermaßen normalen Zustand zu überführen, so könnten hierfür nur Ewentualrichtlinien festgelegt werden, da es nicht von Deutschland allein abhängt, wie sich diese Dinge nunmehr vollziehen sollen.

Der Reichskanzler betonte nochmals, daß in der Aufgabe des passiven Widerstandes in all den Beratungen der letzten Tage nicht von einer einzigen Seite ausgesprochen worden sei, daß man sich von einer Fortsetzung des Widerstandes bei Finanzierung von deutscher Seite irgend etwas verspräche.

Der deutschnationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Verpflegung der besetzten Gebiete sowie die Wiederinstandsetzung ihres Wirtschaftslebens zunächst der Sorge Frankreichs und Belgiens zu überlassen, habe gerade bei Vertretern jener Gebiete die schärfste Verurteilung erfahren. Man würde darin im Rheinland eine Aufgabe, ja vielleicht einen Verrat am Rheinland sehen. Der Aufruf, den die deutsche Regierung gemeinsam mit dem Herrn Reichspräsidenten erlassen habe, bringe zum Ausdruck, um was bei der Verhandlungen, vor denen man jetzt stehe, zu kämpfen sei. Das seien vor allem die großen Menschlichkeitsfragen, die Fragen der Gefangenenfreilassung und der Zurückführung der Vertriebenen, sowie die großen politischen Fragen über die Zukunft des deutschen Rheins und der deutschen Ruhr. Die Erklärungen, die in dem Aufruf abgegeben seien, würden die festeren Grundlinien bilden, nach denen die Reichsregierung handeln werde.

In der nachfolgenden Diskussion billigten die Abgeordneten Graf Bernstorff (Dem.), Dr. Breitscheid (Soz.), Dr. Spahn (Zentr.) und Dr. Scholz (Dp.) die Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit der Aufgabe des passiven Widerstandes, wie dies in der veröffentlichten Regierungserklärung bereits dargelegt ist, und stellten sich hinter die Politik der Reichsregierung. Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat. Vp.) forderte, daß der passive Widerstand durch den Bruch mit Frankreich abgelöst werde. Abg. Roenen (Komm.) mißbilligte die Form des Abbruchs des passiven Widerstandes. Für die Liquidierung der Ruhrkräfte sei eine Arbeiter- und Bauernregierung und die Schwerkraft Voraussetzung gewesen.

Nach Kucharskis Auslandsreise.

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Witos fand in seiner Wohnung eine Ministerkonferenz statt, in der der Finanzminister Kucharski über seine Auslandsreise berichtet. Gegenüber den Gerüchten von der völligen Ergebnislosigkeit seiner Reise glaubt die „Gaz. Warszawska“ auf Grund von Informationen aus Kreisen, die dem Finanzminister nahe stehen, feststellen zu können, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

Die Morgananleihe

ist, wie uns telegraphisch aus Warschau gemeldet wird, geglückt.

Aus dem Senat.

Annahme des Beamtenbesoldungsgesetzes.

In der Donnerstagssitzung des Senats wurde die Aussprache über die Beamtengehälter und die Ruhestandsgehälter geschlossen. Der Senator Wujek berechnete die Höhe der Belastung des Staates durch die neuen Sätze. In der Abstimmung wurde das ganze Gesetz mit einigen Änderungen angenommen. Die nächste Sitzung des Senats findet wahrscheinlich am 10. Oktober statt.

Beratungen über eine wichtige Änderung des Pensionsgesetzes.

In der Senatsitzung am 26. September stand das Pensionsgesetz zur Beratung. Im Art. 78 dieses Gesetzes war vorgesehen, daß die Pensionsberechtigten, die in den früheren österreichischen, russischen und preussischen Gebieten als Staatsbeamte gedient haben, nur 75 Prozent der Dienstbesoldung erhalten, während die übrigen Pensionäre nach Art. 14 die volle Besoldung als Pension bis zu 100 Prozent beziehen, wenn sie das entsprechende Alter erreicht haben. Derselbe Artikel soll dem Ministerrat die Berechtigung geben, einzelnen Kategorien als auch Einzelpersonen, die in oben genannten Staaten gedient haben, die volle Pension zu gewähren.

Es wurde in der genannten Sitzung durch die Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat ein Verbesserungsantrag Senator Gassbach eingebracht, der verlangt, daß die Beschränkung von 75 Prozent wegfällt und an dieser Stelle die auf Art. 14 basierende Berechtigung für alle Pensionäre gleichmäßig eingeführt wird. Derselbe Antrag verlangt die Streichung von Abs. 2 und 3 des Art. 78.

In der Begründung führte der Senator Gassbach aus: „Zur Begründung meines Antrages möchte ich erklären, daß solche unmögliche Beschränkungen, wie sie der Art. 78 vorsieht, eine Nichtanerkennung der Verdienste solcher Leute, darstellt, welche eine lange Zeit staatliche Beamte waren. Jedes Gesetz muß wohl praktische, aber auch ethische Ziele enthalten. Ein solcher ethischer Standpunkt ist vorhanden, denn jeder staatliche Beamte dient der Allgemeinheit und hat dafür das Recht auf eine Emeritierung durch diese Allgemeinheit, für die er eine Reihe von Jahren oder sein ganzes Leben lang gearbeitet hat; ganz unabhängig davon, welche Regierung gerade am Ruder ist. Ob dieser Dienst geleistet wurde in dem österreichischen, preussischen oder russischen Gebiete, das dürfte nicht in Frage kommen. Abs. 2 und 3 bitten wir zu streichen. Diese Abschnitte bieten die Möglichkeit, daß in dieser Angelegenheit irgendeine Protektion ausgeübt wird. Damit dies vermieden wird, bitten wir um die Annahme unseres Verbesserungsantrages.“

Die Aussprache über diesen Antrag wurde vertagt.

Von den polnischen Parteien.

Bereinigung der Tätigkeit der Linksparteien.

Die der „Kurjer Poranny“ erzählt, wurde in den Wandelgängen des Sejm Leibarzt über eine vertrauliche Beratung diskutiert, die zwischen den Führern der Linksparteien stattgefunden haben soll. Die Aussprache habe sich vorläufig um eine Vereinheitlichung der Tätigkeit der Linksparteien im Zusammenhange mit der katastrophalen Lage des Staates gedreht. Die Konferenz soll befriedigende Ergebnisse erzielt haben.

Die großpolnischen und pommerellen Nationaldemokraten und die Regierung.

Der nationaldemokratische Volksverband veranstaltete am Sonnabend und am Sonntag in vielen Orten der Wojewodschaft Posen und Pommerellen Versammlungen, in denen die gegenwärtige Lage besprochen und der Regierung das volle Vertrauen der Versammelten ausgesprochen wurde.

Aus Warschau.

Die Konferenz des Ministerpräsidenten mit Vertretern der deutschen Minderheit.

Die am 26. September stattfinden sollte, mußte verschoben werden, da der Herr Ministerpräsident erkrankt und ans Bett gefesselt ist. Dem Vorsitzenden der deutschen Senatsfraktion, Senator Hasbach, wurde die persönliche Zustimmung des Herrn Ministerpräsidenten gegeben, daß er unverzüglich eine neue Konferenz anberaumen werde, sobald sein Gesundheitszustand dies gestatte. Senator Hasbach überreichte im Ministerpräsidium eine Denkschrift, die sich mit verschiedenen Beschwörungen der deutschen Minderheit befaßt.

Das deutsch-polnische Schiedsgericht

schloß am 25. September seine Warschauer Beratungen. Die nächste Session des Schiedsgerichts soll im November in Paris stattfinden. Auf der Tagesordnung dieser Session befinden sich einige sehr wichtige Fragen. Unter anderem wird diese Tagung zu beschließen haben über die Klagen der deutschen Ansiedler gegen die polnische Regierung wegen Requisitionen. Auch wird in Paris die Zuständigkeit des Schiedsgerichts einer nochmaligen Prüfung unterzogen werden, da es sich erwiesen hat, daß keine völlige Klarheit darüber herrscht, wie weit diese Zuständigkeit reicht.

Eine Wiener Delegation in Warschau.

Unter dem Vorsitz des österreichischen Handelsministers Dr. Schürff hat sich eine Delegation Wiener Handels- und Industriekreise nach Warschau begeben. Das Ziel ihrer Reise ist die Festigung und Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Polen. Wiener Wirtschaftsfreunde hegen die Hoffnung, daß die Verhandlungen, welche die Wiener Delegierten mit den polnischen Handels- und Industrievertretungen führen werden, in hohem Maße zur Belebung der Handelsbeziehungen und im besonderen zur Erneuerung der Handelsbeziehungen mit dem Teil Polens, der schon früher mit österreichischen Handels- und Industrievertretungen im Kontakt war, beitragen werden. Den Minister Schürff begleiten der General-Post- und Telegraphen-Direktor, Sektionschef Hofeisel, die Ministerialdirektoren Dr. Robert Bresa, Friedrich Gauder und Galen. Diese werden auch an den Konferenzen teilnehmen, die in Warschau in der Frage der Verbesserung des Eisenbahn-, Telegraphen- und Telefonverkehrs bzw. der Frage der Einführung eines Luftverkehrs zwischen Polen und Österreich stattfinden sollen. In den Warschauer Konferenzen soll auch die Frage der Aufhebung der Barvisa im gegenseitigen Passagierverkehr angeschnitten werden. In Vorbereitung sind ferner Verbesserungen im polnisch-österreichischen Handelsabkommen, das sich als ungenügend erwiesen hat. Besprochen wird auch die Frage einer gegenseitigen Rechtshilfe sowie die Aufhebung des Ausfuhrverbots bzw. die Einführung gewisser Erleichterungen und endlich die Frage der Ausfuhrgebühren.

Die Kosten des Lebensunterhaltes in Warschau.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Kommission des statistischen Hauptamts hat festgestellt, daß die Kosten des Lebensunterhaltes einer vierköpfigen Arbeiterfamilie in Warschau in der zweiten Septemberhälfte um 13,97 % im Vergleich zur ersten Hälfte des Monats gestiegen sind. Für den ganzen Monat September sind die Kosten des Lebensunterhaltes im Verhältnis zu den Unterhaltskosten des Monats August um 31,83 % gestiegen.

Die Presseabteilung des Ministerratspräsidiums

soll demnächst umgestaltet werden. Vor allen Dingen soll durch Schaffung neuer Redakteure der Vielsprachigkeit der Presse in Polen Rechnung getragen werden.

Bankbeamte vor dem Gericht.

Am Mittwoch begann in Warschau die Gerichtsverhandlung gegen die Bankbeamten Georg Weiz und Peter Kul. Denen große Unterschlagungen in der Bank Handlowy vorgeworfen werden. Beide Angeklagten bekannten sich schuldig.

Die Ausstände in Lemberg.

Die Arbeiter der Lemberger städtischen Unternehmungen haben noch keinen Beschluß darüber gefaßt, ob sie die Vorschläge der Stadtverwaltung annehmen werden. Am Donnerstagabend wurde der Vorsitzende des Verbandes der elektromechanischen Berufsarbeiter, Hoffmann, verhaftet; ihm wird vorgeworfen die Aufforderung zu Handlungen, die den Charakter einer Sabotage haben.

Munition für Polen in Danzig.

Am 23. d. Mts. traf in Danzig der dänische Dampfer „Robert Maest“ mit 445 Tonnen für Polen bestimmten rauchlosen Pulvers aus Amerika ein. Wegen des Streiks der Hafenarbeiter und der Notwendigkeit, die Böschung so rasch als möglich auszuführen, wurde der Dampfer auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem polnischen Kommissar Polens und dem Hohen Kommissar des Völkerbundes durch die militärischen Besatzungen der polnischen Schiffe entladen. Die Böschung erfolgte an einem Tage, so daß am 23. d. Mts., abends, die ganze Ladung per Bahn nach ihrem Bestimmungsort abgeben konnte. Die Kanonenboote „General Haller“ und „Kajub“, die bei der Böschung Dienst hatten, kehrten auf ihren Standort zurück.

Die Bevölkerung der Ostgrenzgebiete Polens.

Im sechsten Bande der monatlichen Veröffentlichungen des statistischen Hauptamtes ist das Ergebnis der Volkszählung vom 30. September 1921 in den Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw, Tarnopol, Wolhynien, Polesie, Nowogrödel und im Verwaltungsbezirk Wilna veröffentlicht. Daraus ergibt sich hinsichtlich der Nationalitätenverhältnisse und der Glaubensbekenntnisse folgendes Bild: Unter den 9 613 682 Menschen, die jenes Gebiet bewohnen, sind 3 941 688 Polen (41 Prozent), 3 759 255 Ruthenen (39,10 Prozent), 935 510 Weißrussen (9,74 Prozent), 731 261 Juden (7,60 Prozent), 66 288 Litauer (0,69 Prozent), 58 010 Deutsche (0,60 Prozent), „Sieghe“, 48 811 (0,50 Prozent), 26 016 Tschechen (0,27 Prozent), 24 064 Großrussen (0,26 Prozent), 1024 Tataren (0,01 Prozent), 227 Letten, 127 Zigeuner, 51 Slowaken, 27 Armenier. Unbekannter oder nicht angegebener Nationalität sind 21 727 Menschen (0,23 Prozent).

Zu dieser Zusammenstellung schreibt der „Dziennik Poznanski“ in seiner Nr. 212 (28. September 1923): „Die Polen bilden die absolute Mehrheit im Verwaltungsbezirk Wilna (57,4 Prozent) und in den Wojewodschaften Lemberg (56,5 Prozent) und Nowogrödel (54 Prozent). Sie bewohnen in geschlossener Masse den westlichen Teil des Bezirks Wilna, den Nordteil der Wojewodschaft Stanislaw und den Westteil der Lemberger Wojewodschaft. Außerdem bilden sie die Mehrheit im Kreise Kobryn (griechisch-orthodoxe Polen) und in einigen Kreisen der Wojewodschaft Tarnopol. In den anderen Kreisen bilden sie mindestens den fünften Teil der Bevölkerung. Die Polen repräsentieren, wie sich aus der Zusammenstellung ergibt, 41 Prozent der Bevölkerung Ostpolens und Ostgaliziens, sie haben also unter der verschiedenartigen Bevölkerung dieser Gebiete die relative Mehrheit. Sie repräsentieren die landwirtschaftliche Bevölkerung; fast vier Fünftel der landwirtschaftlichen Privatwirtschaften befinden sich nach der Statistik des Grundbesitzes vom Jahre 1921 (im „Miesięcznik Statystyczny“) in polnischen Händen.“

Das polnische Element in den behandelten Gebieten ist nicht nur das zahlreichste, sondern bildet auch die einzige Intelligenz dort. Die an zweiter Stelle stehende Nationalität, die Ruthenen, hat die absolute Mehrheit in den Wojewodschaften Stanislaw und Wolhynien, die relative Mehrheit in der Wojewodschaft Tarnopol. Außerdem bewohnen die Ruthenen die Ostteile der Wojewodschaft Lemberg und die Südtteile der Wojewodschaft Polesie. Sieht man von den Polen und anderen Vertretern einer Halbtelligenz ab, so setzt sich die ukrainische Bevölkerung Galiziens fast ganz aus Bauern zusammen. Es ist ein kulturell weit zurückgebliebenes Element; in der Wojewodschaft Wolhynien z. B. besteht es zu 90 Prozent aus Analphabeten.

Die an dritter Stelle stehende Nationalität bilden die Weißrussen. Sie haben die relative Mehrheit in der Wojewodschaft Polesie (42,5 Prozent) und wohnen außerdem in größerer Zahl im südlichen Teil der Wojewodschaft Nowogrödel und im Osten des Bezirks Wilna. Es handelt sich fast ausschließlich um kleine Landwirte und Bauern.

An vierter Stelle stehen die Juden. Ein Vergleich der Nationalitätenlisten mit den Listen der Konfessionen zeigt, daß kaum 70,7 Prozent der Bevölkerung jüdischen Glaubens sich als jüdische Nationalität bezeichnen. Die Zahl der angegebenen Personen jüdischer Nationalität entspricht also nicht der wirklich vorhandenen Zahl der Juden. Die Juden wohnen über das ganze Ostgebiet verstreut. Es sind zumeist Händler, zum Teil auch Handwerker in kleinen Städten.

Die anderen Nationalitäten bilden nur einen unbedeutenden Prozentteil der Bevölkerung. Die Litauer wohnen hauptsächlich in den Kreisen Swieciany, Wilna und Bractaw, bilden aber selbst in diesen Kreisen keinen erheblichen Prozentsatz.

(Amerikanisches Copyright 1923 by Carl Dunder, Berlin.)

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(5. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Der Herr Baurat bittet um die Kellerschlüssel, er möchte eine Besichtigung vornehmen.“

Bruhns fuhr gleich wieder zornig auf.

„Diensttag früh! Hören Sie? Sagen Sie es dem Herrn Baurat! Dienstag früh ist der Termin, den mir der Senat gestellt hat. Nicht eine Stunde früher! Nicht eine Minute! Ich bin nicht zu sprechen.“

Als Swendholm traurig zu seinen Büchern zurückging, murmelte er vor sich hin: „Es ist gut, daß er reist. Das ist nicht der dumme Keller, das sind zerrüttete Nerven; er muß ausspannen.“

Sonntagabend rief Silvester Bruhns seine Tochter zu sich. Auch Johanna hatte an diesen Tagen zu leiden gehabt.

„Kind, ich verreise am Dienstag auf einige Wochen. Ich will nicht dabei sein, wenn sie die Spitzhake an unser Haus legen.“

„Nur an den Keller, Väterchen.“

„Gehört nicht der Keller zum Haus? Wehe dem Hause, dem man die Grundfesten zerstört.“

Sie schwieg.

„Ich werde den am Dienstag morgen ausfahrenden Dampfer „Porfirio Diaz“ bis Southampton begleiten. Eine Reise wird mir gut tun, und so komme ich vielleicht darüber hinweg.“

Innerlich war Johanna fast froh. Den Senator Störtebeker und den Baurat hatte der Vater bereits beleidigt. Sie hangte vor jenem Dienstag.

„Gewiß, Väterchen, am liebsten begleitete ich Dich.“

„Das geht nicht. Du mußt hier bleiben und das Haus wahren. Höre, es soll auch nicht viel Gerede gemacht werden von meiner Reise. In wenigen Wochen bin ich wieder da.“

„Gewiß, Väterchen.“

„Noch eins, Kind. Wir alle stehen in der Hand des Schicksals. Es ist auch möglich, daß ich nicht wiederkomme.“

„Über Vater.“

„Ein kluger Hausvater bestellt sein Haus zu jeder Zeit. Hier ist ein Brief. Ich gebe ihn Dir und Du siehst, daß ich ihn versiegelt habe. Es ist mein letzter Wille. Dir hinterlasse ich ihn; denn wenn mir etwas zustoßt, bist Du die Erbin unseres Hauses. Du allein. Ich gebe Dir diesen Brief, damit Du ihn öffnest, sobald Du es für nötig hältst. Es braucht nicht erst nach meinem Tode zu sein. Es könnten ja auch andere Zufälle eintreten, die mich zurückhalten. Dieser Brief enthält alle Vollmachten, die Dir das Recht geben, an meiner Statt selbstständig zu handeln. In Deine Hand gebe ich den Brief, denn ich weiß, Du wirst ihn nur dann öffnen, wenn es notwendig ist. Sieh mir in das Auge, Johanna. Gib mir Dein Ehrenwort, daß Du stets den Namen Silvester Bruhns hochhalten wirst. Und dann noch eine Bitte. Es ist mein Wunsch, vielleicht mein letzter: Heirate nie Silvio! Heirate Wislizenus oder bleibe ledig, und wenn Du es bleibst, lieber löse die Firma auf, als daß Du sie verkaufst. Wislizenus bürgt mir für die Zukunft, aber ich zwingen Dich nicht. Nun — ich verlasse mich darauf, daß außer Dir nie ein anderer unten im Hauptkontor auf meinem Sessel sitzt. Gib mir darauf Deine Hand.“

Einen Augenblick stand Johanna stumm, aber ihre Brust atmete heftig; dann ergriff sie die Hand des Vaters.

„Ich verspreche es Dir, Vater, aber ich weiß, ich werde den Brief so uneröffnet in Deine Hand zurücklegen, wie Du ihn mir gabst.“

„Das gebe Gott.“

Feierlich sagte es der Hausherr, dann schloß er die Tochter in seine Arme und küßte sie so zärtlich, wie er es nicht getan, seit der Stunde, in der die Mutter von ihnen gegangen.

„Nun nichts mehr davon.“

Sie saßen lange zusammen an jenem Abend, und der Vater war merkwürdig weich gestimmt. Johanna schlief nicht in jener Nacht, und es war ihr, als schwebte ein Unglück über ihrem Haupte. Den ganzen Montag verbrachte der Vater in eifrigsten Besprechungen mit Swendholm und ordnete an. Jetzt war er fast heiter. Am Abend wurde in aller Stille sein Koffer

auf den „Porfirio Diaz“ gebracht. Auch in dieser Nacht schlief Johanna spät ein, und als sie aufwachte aus dem Schlummer, stand schon die junge Sonne am Himmel. Sie kleidete sich rasch an und eilte in das Vaters Zimmer. Es war leer, nur Swendholm saß am Kamin. Er hatte wohl die Nacht über gewacht.

„Wo ist Vater?“

„Der „Porfirio Diaz“ verläßt in dieser Stunde Bremerhaven. Herr Bruhns ist mit dem Zug um vier Uhr gefahren.“

„Ich habe den Abschied verschlafen.“

„Es war sein Wille, Fräulein Johanna —“

Der Alte durfte noch jetzt dem erwachsenen Mädchen gegenüber diese Anrede gebrauchen, die er von früher her gewohnt war.

„Ich bin beauftragt, Ihnen jetzt etwas zu bestellen.“

Es durchzuckte sie, als sollte schon jetzt das Unglück kommen.

„Ihr Herr Vater wird den Dampfer nicht in Southampton verlassen, sondern erst in Buenos Aires.“

„In Buenos Aires?“

„Ich habe Ihrem Herrn Vater selbst zu der Reise geraten. Es sind große geschäftliche Dinge, die er dort einleiten kann. Es wird nun allerdings wohl zum mindesten ein halbes Jahr dauern, bis er zurückkehrt.“

Johanna stand aufrecht. Sie war etwas bleicher als sonst, aber vollkommen ruhig.

„Herr Swendholm, warum diese Heimlichkeit? Ist irgend ein Unglück zu erwarten? Ich bin kein Kind mehr, ich vermag lange volle Wahrheit.“

Der Alte schüttelte lächelnd den Kopf.

„Durchaus nicht! Nur Ihr Herr Vater ist in den letzten Zeit, wohl wegen der dummen Tunnelgeschichte nervös überreizt. Es ist nur natürlich, daß die Aufregungen des Zusammenbruchs nach dem Kriege ihn mitnehmen. Sonst ist in der Tat nichts zu fürchten. Nur will Herr Bruhns, daß vorläufig niemand erfährt, wie lange er fortzubleiben gedenkt. Er ist meiner Meinung, daß es nicht gut sei, wenn das Personal weiß, wie lange der Chef fortbleibt.“

„Nichts sonst?“

„Nichts.“

(Fortsetzung folgt.)

nicht zahlreichen deutschen Ansiedler wohnen in der Wojewodschaft Wolhynien und in Galizien.

Die Rubrik „Siege“ in der oben angegebenen Zusammenstellung umfaßt die Personen, die ihre Nationalität nicht angeben konnten. In den Listen von 1919 war ihre Zahl erheblich größer als jetzt. Sie wohnen hauptsächlich in den Kreisen Oszmiany und Drohiczn.

Die tschechischen Ansiedler in Wolhynien und die über ganz Weißrußland verstreuten Großrussen bilden nur ungefähr 1/4 Prozent der Bevölkerung. Die übrigen Teile der nationalen Mosaik bilden Tataren, einige hundert Letten, Zigeuner, Slowaken und Armenier. Andere Nationalitäten hebt die Statistik nicht hervor.

Es geht also aus der Statistik unzweideutig hervor, daß die Polen in den Ostgrenzgebieten weniger als die Hälfte der Bevölkerung bilden.

Aus der polnischen Presse.

Die deutsche Schule in Kongresspolen.

Der Beginn des vierten Schuljahres im freien, unabhängigen Polen gibt einem Schulfachverständigen Veranlassung, sich in der „Freien Presse“ mit der gegenwärtigen Lage der deutschen Schule in Polen, besonders in Kongresspolen, zu beschäftigen und auf die vielen Enttäuschungen hinzuweisen, die die verfloßenen Jahre den um ihre Schule kämpfenden deutschen Eltern gebracht haben. „Fast jedes Jahr erleben wir neue Überforderungen und neuen Kummer. Unsere Kinder werden wie Spielbälle umhergeworfen, in verschiedene Schulen umhergezerrt, bis sie endlich zu dem gewünschten Ziele, der polnischen Schule, gebracht werden.“ Das Ziel ist offenbar Vernichtung der deutschen Schule. Wie an der Erreichung dieses Zieles gearbeitet wird, wird an einzelnen Beispielen gezeigt:

„In Lodz z. B. wurde sogar von dem „linken toleranten“ Magistrat ungeachtet dessen, daß die Deutschen die Hauptsteuerzahler sind, entgegen unseren energischen Protesten unsere deutsche Bürgerschule in der ul. Miklaszkiego 104 polonisiert. Von den 88 deutschen städtischen Volksschulen sind uns nur 20 geblieben. Auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten, wo die Deutschen nicht so geschlossen zusammen wohnen und sich nicht so energisch, wie wir Lodzer, wehren können, sieht es noch viel schlimmer aus. Wie groß da die Zahl der geschlossenen und polonisierten Schulen ist, läßt sich schwer feststellen. Allein aus den an unsere Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften eingelaufenen Beschwerden und Meldungen ist zu ersehen, daß in den verfloßenen vier Jahren 49 deutsche Volks- und Kirchenschulen (Kantorate) mit 2160 Schülern aufgelöst und 81 Schulen und Kantorate mit 1768 Schülern polonisiert wurden. 22 deutschen Schulen wurde ihr Eigentum (Land, Gebäude und Einrichtungen) ganz oder teilweise abgenommen.“

In Wirklichkeit dürfen sich diese Zahlen noch bedeutend vergrößern. Mit solchem Erfolg wird der Vernichtungskampf mit der deutschen Schule in Kongresspolen geführt. Alle Klagen der deutschen Bevölkerung werden von der Regierung monatelang nicht beantwortet und fast immer unberücksichtigt gelassen. Die Regierung weigert sich, die Frage des Schulwesens der völkischen Minderheiten gesetzlich zu regeln; es gewinnt den Anschein, als wartete sie auf seine völlige Vernichtung.

Während alles das bei uns im Lande geschieht, erklärte der polnische Delegierte beim Völkerbund, Herr Skrimunt, in der Sitzung eines Ausschusses der Völkerbundsversammlung (am 15. d. Mts.), daß „der Zustand und die Zahl der deutschen Schulen in Polen sehr befriedigend“ sei.

Die Wirkung der Aufgabe des deutschen Widerstandes in Frankreich.

Poincaré erklärte nach seiner Rückkehr nach Paris, die Nachricht, daß Deutschland den passiven Widerstand aufzugeben beabsichtige, sei ein wertvolles Symptom, aber auch nicht mehr. Nunmehr müßte Deutschland die notwendigen Bestimmungen erlassen, um die Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit zu ermöglichen. Offizielle Mitteilungen der Blätter sprechen von einem industriellen und wirtschaftlichen Waffenstillstand an der Ruhr.

Neue Rede Poincarés am Sonntag. Poincaré will am nächsten oder übernächsten Sonntag wieder einige Kriegsbildnisse an der Wölseleinweihen und bei dieser Gelegenheit wieder verschiedene Reden halten.

Das französische Außenministerium teilt mit: Die französische Botschaft in Berlin hat bisher keine amtliche Mitteilung über die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet erhalten. Den deutschen Blättern zufolge werde die Entscheidung der Regierung in einer öffentlichen Erklärung mitgeteilt werden, die auch der Befragung zugestellt werden soll. Die Wiederrufung der Verordnung über den passiven Widerstand werde gewiß eine neue Lage schaffen und die Eröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten ermöglichen. Es sei wahrscheinlich, daß Poincaré vor allem mit den belgischen Ministern Verhandlungen pflegen werde.

Die Äußerungen der Pariser Presse sind von der größten Leichtfertigkeit. Sie zeigen zum Teil grobe Denkfehler, zum Teil frivolen Verzicht auf jeden Anstand und jede Menschlichkeit gegenüber dem Besiegten und arbeiten durchweg mit Lügen.

Der „Matin“ schreibt: „Ist erst die Arbeit an der Ruhr aufgenommen, so befindet sich Deutschland in derselben Lage wie im Januar.“

(Grober Irrtum! Am 13. Januar kostete der Dollar in Berlin 10 425 Mark, heute 160 000 000 oder mehr. Ein großer Teil der Eisenbahnen und Bechen im besetzten Gebiet ist ruiniert und kann nicht ohne weiteres benutzt werden.)

„Echo de Paris“: „Die deutsche Regierung unterwirft sich unter der Vorbedingung, daß nichts gegen die Ehre des deutschen Volkes und gegen die Reichseinheit unternommen werden wird. Wir haben uns tatsächlich aber volle Handlungsfreiheit vorbehalten.“ (Also auch die Freiheit, gegen die Ehre des deutschen Volkes und gegen die Reichseinheit zu wirken? Das ist „französischer Edelmut“, „Menschlichkeit“, „Gerechtigkeit“!)

Die „Victoire“ berichtet: „Was Clemenceau in den Tagen 1918 für Frankreich war, ist jetzt Poincaré in den neun Monaten gewesen, in denen sich das Schicksal des Versailler Vertrages entschied. Diese stolze Verkörperung des Sieges, aber ruinierten (1) Frankreichs darf nicht sterben.“

(Die Wirtschaftslage Frankreichs ist, wie allgemein bekannt, recht günstig. Wenn man jedoch Poincaré als die Verkörperung eines moralisch völlig ruinierten und heruntergekommenen Frankreichs bezeichnen will, so haben wir dagegen nichts einzuwenden.)

Eine kritische Stimme. Das Arbeiterblatt „Deubre“ zieht die Bilanz des Sieges. Es begrüßt sich mit der Bemerkung, daß die Lage Frankreichs nach diesem ganzen Sieg hinsichtlich der Reparationen viel weniger gut ist als zu der Zeit, als Deutschland noch nicht auf die Arme gezwungen und Poincaré noch nicht Ministerpräsident geworden war.

Bittere Kritik des englischen Arbeiterführers

Der Führer der englischen Arbeiterpartei Ramsay MacDonald, der sich jetzt nach dem Nauen Osten zur Untersuchung der dortigen Lage begibt, erklärte vor seiner Abreise auf einem Essen: Es werde gesagt, die französische Außenpolitik stelle einen großen Erfolg dar, weil sich Deutschland ergeben habe; dabei bedeute dies nichts anderes, als daß ein gut bewaffnetes und mächtiges Land ein Land,

das gebrochen und entzweit wurde, gewürgt und gezwungen hat, zuzugeben, daß es geschlagen worden ist. Dies sei nicht eine sehr große heroische Tat. Sie bedeute, daß Frankreich nicht eine einzige Mark mehr von Deutschland als Ergebnis seines Triumphes erhalten werde, als es erhalten hätte, wenn es niemals einen Soldaten ins Ruhrgebiet geschickt hätte. Der Erfolg Frankreichs bedeute, daß die Mittel zur Erzielung von Reparationen zum großen Teil zerstört worden seien, und daß Frankreichs eigene Schuld sich erhöht habe. MacDonald sagte weiter, unter der Regierung Baldwin sei der Ruf Englands derartig, daß niemand sich um England kümmere. Keine Macht in Europa schenke den englischen Wünschen irgend welche Beachtung. Es sei dringend notwendig, unerbittlich die gesamte Frage der Reparationen von neuem aufzuwerfen. Es müsse ein Übereinkommen zwischen England, Frankreich, Belgien und Italien zustande kommen, nicht notwendigerweise über die Bezahlung der gegenseitigen Schulden, sondern über die Bedingungen ihrer Streichung.

Es gibt viel zu denken, daß in allen Ländern gerade die Arbeiterkreise und die Sozialistenführer das meiste Verständnis für das Schicksal Deutschlands und die wahrhaft traurige Lage Europas haben, während die Bürgerlichen entweder von blindem Chauvinismus oder von kaltherzigem Geschäftsgeist irregeführt werden. Man denke auch an den schwedischen Sozialistenführer Branting, der im Völkerbund mehrmals aufs stärkste gegen die ganze verlogene Ententewirtschaft protestiert hat.

Scharfe Maßnahmen zur Unterdrückung von Unruhen in Deutschland.

Eine am Mittwoch in späterer Abendstunde veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung bestimmt zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet, daß eine Anzahl von Artikeln der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werden.

Es sind infolge dieser Verordnung Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis, Anordnungen von Hausungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der die Militärbehörden übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiet der Zivilverwaltung Regierungs-Kommissare ernennen.

Für Ruwiderrhandlungen gegen die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers werden schwere Freiheits- und Geldstrafen angedroht. Die im Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsjustizminister außerordentliche Gerichte zu bilden. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Die Lage in Bayern.

Die bayerische Regierung hatte am Mittwoch abend, ehe ihr die neue Verordnung des Reichspräsidenten bekannt war, den Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr als besonderen Generalstaatskommissar zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eingesetzt und ihm die gesamte vollziehende Gewalt übertragen.

Die nationalsozialistische Bewegung unter Führung Hitlers hatte ernsthafte Vorbereitungen getroffen, um die Macht in die Hand zu nehmen, insbesondere waren ihre Kampfverbände bereits um München konzentriert; es waren Aufrufe zur Bildung nationalsozialistischer Reiterabteilungen und zur Stellung von Autos erlassen. Die Ernennung v. Kahrs zum Generalstaatskommissar war als Schlag gegen Hitler gedacht. Während nämlich Hitler mehr bayerischer Separatist ist, sind die nationalsozialistischen Kreise, deren Führer v. Kahr ist, „schwarz-weiß-rot“ gefinnt und planen einen „Marsch nach Berlin“, um dort die Macht in die Hand zu nehmen. Das erste, was v. Kahr tat, war ein Verbot von 14 Massenversammlungen, die Hitler in München angesetzt hatte und auf denen allen er selbst sprechen wollte. Hitler hatte auch bereits einen Trupp Nationalsozialisten bei „Stadelheim“, einem Gefängnis bei München, zusammengezogen. Es existiert eine Liste mit mehr als 100 Namen, die bei Beginn einer Hitlerschen Putschaktion sofort festzunehmen seien, darunter nicht nur bekannte Sozialdemokraten, sondern auch zahlreiche Bürgerliche, von denen man Widerstand fürchtet. Zwischen v. Kahr und Hitler bestehen seit einiger Zeit scharfe Gegensätze. Wenn sich jedoch diese beiden Gruppen einigen sollten, dann wäre die Staatsmacht in Bayern nicht mehr in der Lage, einen nationalsozialistischen Putsch zu verhindern.

Durch den Erlass der neuen Verordnung des Reichspräsidenten von Mittwoch nacht ist nun die Ernennung eines besonderen bayerischen Generalstaatskommissars hinfällig geworden. Denn durch die Berliner Verordnung wird der Ausnahmezustand über das ganze Reich ausgebeht und die vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister übertragen. Landesrecht wird durch Reichsrecht gebrochen. Demgemäß ging die außerordentliche Gewalt in Bayern schon nach wenigen Stunden in die Hände des Kommandeurs der Reichswehrtruppen in Bayern, des Generals v. Lossow, über. Der Reichswehrminister hat die Entsendung weiterer Reichswehrtruppen nach München angeordnet, so daß man einem eventuellen Umsturzversuch mit militärischen Mitteln entgegentreten kann.

Der Reichstag beginnt zu arbeiten.

Am Donnerstag wurden die Arbeiten des Reichstages von neuem aufgenommen. Wie verlautet, soll am nächsten Dienstag eine Aussprache im Parlament über die gegenwärtige Lage stattfinden, bei der der Reichskanzler Dr. Stresemann eine Rede halten wird.

Italien räumt Korfu.

Die Botschafterkonferenz in Paris hat ihren endgültigen Spruch im italienisch-griechischen Konflikt getan. Griechenland soll 50 Millionen Lire an Italien zahlen und dafür soll Italien Korfu räumen. Auf die Anrufung des Haager Schiedsgerichtes und auf jede andere Sanktion soll verzichtet werden. 50 Millionen Lire sind von den Griechen bereits bei der Schweizerischen Nationalbank hinterlegt und sollen der italienischen Regierung ausgezahlt werden. Die Botschafterkonferenz stellt fest, daß sich die italienische Regierung bereit erklärt habe, ihr früher gegebenes Versprechen zu erfüllen und Korfu am 27. September zu räumen.

Aus den Baltischen Staaten.

Ein Landesrat für das Memelgebiet.

Aus Memel wird gemeldet: Im Amtsblatt wird eine Verordnung des Obersten Bevollmächtigten der litauischen Regierung für das Memelgebiet und des Landesdirektoriums veröffentlicht, nach der der Staatsrat in seiner bisherigen Zusammensetzung als „Landesrat“ konstituiert wird. In der Verordnung heißt es, daß der Landesrat eine Vertretung des Memelgebietes ist, der bis zur Wahl des Sejms dem Obersten Bevollmächtigten der litauischen Regierung und dem Landesdirektorium in rein wirtschaftlichen und kulturellen Fragen zur Seite steht.

Der bisherige Staatsrat war seinerzeit vom Zentralausschuß zur Verteidigung des Memelgebietes zusammengeführt worden. Er umfaßte 32 aus den verschiedenen Berufen entnommene Mitglieder und hatte die Aufgabe, das Wirtschaftsleben des Memelgebietes zu ordnen.

Die Verhandlungen über die Memellandbahnen.

Die Frage der Regelung des Übergangsverkehrs mit dem Memelgebiet harvt noch immer ihrer Lösung. Über den Stand der in dieser Beziehung mit der litauischen Regierung in Kowno angeknüpften Verhandlungen verlautet jetzt von gut unterrichteter Seite, daß diese unterbrochen werden mußten, weil in verschiedenen Fragen persönlicher und finanzieller Natur trotz weitgehenden Entgegenkommens der deutschen Reichsbahnverwaltung eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die litauische Verwaltung verlangte Zurückziehung des größten Teils der deutschen Beamten bis spätestens 1. November, lehnte die Erstattung der der Reichsbahnverwaltung aus der bisherigen Betriebsführung erwachsenen Aufwendungen zum größten Teil ab und vermochte auch nicht diejenigen Sicherungen zu bieten, die für die demnächstige Erstattung des Wertes der der litauischen Verwaltung zuzurechnenden Bahnanlagen erforderlich sind.

Sowjetrußland.

Kalenderreform in Sowjetrußland.

In Moskau fand unter dem Vorsitz des Patriarchen Tichon eine Beratung über Einführung des neuen Kalenders am 1. Oktober statt. Beschlossen wurde die Streichung der 13 Tage, um die bisher die russische Zeitrechnung hinter der westeuropäischen zurückblieb, so daß auf den 30. September diesmal unmittelbar der 14. Oktober folgt.

Er mordung einer Grenzmission.

Aus Pietrozawodsk im Karelschen Gebiet wird gemeldet, daß einige Karelier, die aus Finnland stammen sollen, eine sowjetrussische Grenzmission überfielen, den stellvertretenden Vorsitzenden der Mission Sawrow ermordeten und ein Mitglied der Mission schwer verletzten. Die Mörder entflohen ins Ausland.

Aus aller Welt.

Deutschland und Mexiko. Die auch in Deutschland wohlbekannte, in Berlin wie in Mexiko ansässige Agencia Dums, die einer entschiedenen deutschfreundlichen Standpunkt vertritt, hat zur Zentenarfeier am 16. September 1923, an welchem Tage die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Mexiko erfolgte, eine an Ausstattung wie Inhalt gleich vorzügliche Festschrift veröffentlicht unter dem Titel: „Mexiko, Politik, Wirtschaft, Kultur der Vereinigten Staaten von Mexiko.“ Die Schrift ist in sechs Abteilungen gegliedert, deren erste Geleitworte und Widmungen enthält. An der Spitze stehen folgende Geleitworte des deutschen Reichskanzlers: „Daß Deutschland sich aus seinem gegenwärtigen Unglück herausarbeiten kann und wird, muß die sichere Überzeugung jedes deutschen Staatsmannes sein, der sein wahres Ziel erkannt hat. Ebenso sicher ist es dann aber, daß Deutschland nach erfolgtem Wiederaufstieg in Treue und Dankbarkeit sich an Nationen, wie es die stolze mexikanische ist, erinnern wird, die ihm auch im Unglück stets die Freundschaft gehalten haben.“ — Der Gesandte der Vereinigten Staaten von Mexiko, Dr. J. M. Alvarez del Castillo, schreibt als Geleitwort: „Die Krijs, in der sich das große deutsche Volk gegenwärtig befindet, wird in Zukunft in eine noch nicht dagewesene Entwicklung ausmünden, die der Welt neue, glückverheißende Wege auf wirtschaftlichem wie sozialem Gebiete weisen wird.“ — Die Geleitworte des Berliner Konsuls Ignacio Moran y Mariscal klingen aus: „An diesem großen vaterländischen Gedentage grüße ich Dich, deutsches Volk, aus vollem Herzen! Möge durch alle Zeiten die Freundschaft der beiden Völker unverbrüchlich währen! Mögen Mexiko und Deutschland im Kreise der Völker Hand in Hand einhergehen wie zwei Schwestern, die die reinsten Gefühle gemeinsamen Wirkens miteinander verbinden!“ — Der Handelsvertreter Mexikos, Sr. Philippe Serrano, schreibt: „Deutschland als Born der Weisheit und Kultur und Mexiko als unererschöpfliche Quelle reicher Bodenschätze sind zwei gewichtige Größen, die, vereint, die sichere Grundlage für den Wohlstand und das Gedeihen beider Länder bilden würden.“ Andere warme Geleitworte sind gezeichnet von dem Gesandten v. Edardt, Dr. Fedor Krause-Berlin, Professor Dr. Karl Sapper-Würzburg, Dr. G. Pagenstecher, Vorsitzender des Verbandes deutscher Reichsangehöriger, u. a. — Die zweite Abteilung behandelt die Wirtschaft und Politik, die dritte Wissenschaft und Kultur Mexikos. Wir finden hier die Aufsätze berühmter Kenner des Landes: Mexiko und Deutschland von Professor Dr. Karl Sapper, Julio Jacquet über den Chalar des mexikanischen und mittelamerikanischen Volkes, Aus Mexiko von Dr. Paul Rohrbach usw. — Im vierten Abschnitt: Das Deutschsein in Mexiko, berichtet der Direktor der deutschen Oberschule in Mexiko, Dr. Traugott Böhm, über die deutsche Schule in Mexiko, Cornelia Jwergens über das Liebeswerk des deutschen Frauenvereins in Mexiko in und nach dem Kriege. Andere Artikel behandeln den Bund deutscher Frontkämpfer, den deutschen Turnverein und den deutschen Ruderverein. Teil 5 behandelt die deutsch-mexikanischen Wirtschaftsbeziehungen, Teil 6 den deutschen Buchdienst. Das Buch ist vortrefflich illustriert.

Neues vom Tage.

§ Der Tod im Spielfaal. In Berliner Spielerkreisen war ein gewisser B. eine sehr bekannte Persönlichkeit. Bei größeren Zusammenkünften im Westen der Stadt fehlte B. fast nie, und er war es fast immer, der die Bank hielt. In der letzten Zeit hatte er aber ziemlich große Verluste erlitten. Bei einer Zusammenkunft, wo er wieder Bankhalter war, war ihm das Glück zunächst wieder wenig hold. Er versuchte nun einen großen Coup und hielt die Bank bei einem Einsatz von je 15 Milliarden. Er hatte so alles auf eine Karte gesetzt und war, wenn man nach außen hin auch wenig davon merkte, innerlich sehr erregt. Als er die Karte aufdeckte und eine Nieme zog, brach er plötzlich vom Stuhl gerührt zusammen und war auf der Stelle tot. Die Gesellschaft verließ eilig das Spielfaal, weil die Polizei von dem Tode benachrichtigt werden mußte und niemand angegriffen werden wollte. Die Leiche wurde beiseitegenommen und nach dem Schauspielhaus gebracht.

§ Schweres Grubenunglück in England. In einem Bergwerk bei Galfisk in der Nähe von Glasgow sind Mittwoch früh infolge Wasserrohrbruchs etwa vierzig Bergleute ums Leben gekommen. Bisher sind zwanzig Tote geborgen worden. Das Unglück ist das größte, das sich seit 1913 in England ereignet hat.

75 Jahre evangelische Liebestätigkeit.

Uns ging folgender Bericht zu:

Lutherstadt Wittenberg, 23. September.

Wieder ist die Lutherstadt Wittenberg der Schauplatz einer von der Teilnahme weitest evangelischer Kreise getragener Gedächtnisfeier. Johann Hinrich Wichern ließ von hier im Revolutionsjahre 1848 jenen zündenden Ruf für das Werk der Inneren Mission ergehen. Die Frucht dieses Auftretens des geistesgewaltigen Mannes war die Gründung des Zentralausschusses für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, der heute auf sein 75jähriges Bestehen zurückblickt. Der schlichten Feier dieses Erinnerungstages gehen voraus und folgen wichtige Fachberatungen der Arbeiter der Inneren Mission. Trotz der wachsenden äußeren Schwierigkeiten sind eine stattliche Anzahl von Mitarbeitern und Gästen anwesend. Man bemerkt als Vertreter der Reichsregierung Reichsminister Dr. Dezer, den Vertreter des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses Geh. Konfistorialrat D. Dr. Duse und Abgeordnete zahlreicher anderer Kirchen, Vertreter der theologischen Fakultäten, der großen Wohlfahrtsverbände usw. Das evangelische Ausland ist durch den Präsidenten des Schweizer Kirchenbundes, D. Herold Winterthur, Universitätsprofessor D. Dr. Voelker-Wien, Pfarrer Dr. Krols-Amsterdam, Pfarrer D. Schabert-Maga, Konfistorialrat Schly-Stocholm und andere führende Persönlichkeiten der Schweiz, Deutsch-Estlands, Hollands, Schwedens, Finnlands, Lettlands und Estlands vertreten.

Die Feier begann, wie das in Wittenberg schon Sitte geworden, mit einer musikalischen Vesper am Sonabend in der Stadtkirche. Der Sonntag wurde ebenfalls, einer Wittenberger Feststunde entsprechend, eingeleitet durch eine kurze Weihefeier in Luthers Wohnstube. Dann ging es in feierlichem Zug unter Glockengeläut und Posannenspielen in die Stadtkirche. Die geist-erfüllte Festpredigt des Generalsuperintendenten Weiffalaens, D. Joellener-Münster, stellte die Jahre 1848 und 1923 als Marksteine einer unendlich folgenreichen Geschichtsentwicklung einander gegenüber. Innere Mission ist innere Reform. Darum vorwärts im Geiste Jesu Christi, im alten Geist der Inneren Mission, zum Dienst an unserem Volk mit dem Wort und mit der hilfreichen Tat.

Mittags 12 Uhr sammelten sich denn die Gäste mit der Wittenberger evangelischen Bevölkerung in der dichtgefüllten Schloßkirche zum Festakt. Der neue Präsident des Zentral-Ausschusses Geh. Konfistorialrat Univ.-Prof. D. Dr. Seeberg-Berlin sprach ein kurzes Wort der Begrüßung. Den Mittelpunkt bildete eine ungemein reichhaltige geschichtliche Übersicht des zurzeit besten Kenners der Inneren Mission, Univ.-Prof. D. Mahling-Berlin. Der Redner beschränkte die Innere Mission als den Ausdruck eines tiefempfundenen sozialen Verantwortungsgefühls der christlichen Gemeinde. Familienpflege, Gemeinschaftspflege, Reform der Gesellschaftsordnung durch Kampf gegen soziale und antisoziale Gesinnung jeder Art sind ihre drei großen Arbeitsgebiete; Persönlichkeitsförderung und Volksseelsorge das Palladium ihrer Arbeit. In dem Gottesgeist der Reinheit und Freiheit, Güte und Liebe will die Innere Mission den Weg in das vierte Vierteljahrhundert hinein fortsetzen.

Hierauf ergriß Reichsminister Dr. Dezer das Wort und dankte der Inneren Mission, deren Tätigkeit er als Landesoberhauptmann der Provinz Sachsen kennen und als unerlässlich Ergänzung der Fürsorge des Staates schätzen gelernt habe, für ihre außerordentlichen Leistungen.

Mit einer öffentlichen Volksversammlung am Abend fand die denkwürdige Feier ihren Abschluß.

Aus Stadt und Land.

Posen, 28. September.

Außerordentliche Versammlung der Großpolnischen Landwirtschaftskammer.

Am Mittwoch, 26. d. Mts., fand in den Räumen der Landwirtschaftskammer eine außerordentliche Generalversammlung unter dem Vorsitz des Präsidenten Rajewski statt.

Nach dem für 1923 festgesetzten Voranschlag hätte unter gewöhnlichen Verhältnissen ein erheblicher Überschuß bleiben müssen. Infolge der außerordentlichen Geldentwertung ist aber ein bedeutender Fehlbetrag entstanden, der nur durch Erhöhung der Beiträge gedeckt werden kann. Dem entsprechenden Antrage wurde einstimmig zugestimmt.

In einer Entschließung sprach sich die Versammlung gegen die Abtrennung der Kreise Bromberg, Stadt und Land, Inowroclaw, Schubin, Strelno, Wirsitz von der Wojewodschaft Posen aus, da dies besonders aus wirtschaftlichen Gründen durchaus unerwünscht erscheine. In einer weiteren Entschließung wandte die Versammlung sich an das Ministerium, in der gefordert wird, daß sofort Schritte getan werden, um die Preise für Getreide mit den ungeheuer gestiegenen Preisen für Kohle, Eisen usw. in Einklang zu bringen. Schließlich wurde das Ministerium noch gebeten, sein Augenmerk darauf zu richten, daß liqui-

dierie Wälder nicht in die Hände von Nichtfachleuten kommen, die sie nur erwerben, um mühelos einen großen Verdienst daraus zu erzielen.

Neue Bestimmungen über den Einkommensteuerabzug bei Gehaltszahlungen.

Vom 30. September an gelten neue Bestimmungen über den Steuerabzug bei Gehaltszahlungen. Im Sinne einer Verordnung des Finanzministeriums ist bei diesem Abzug der Prozentsatz in Anwendung zu bringen, der am 1. Juli in Betracht kam, soweit es sich um Vorauszahlungen handelt, am 30. Juni bei Nachzahlungen. Das betrifft auch Teuerungszuschläge, die im Laufe des Monats gezahlt werden.

Eine neue Erhöhung der Stempelgebühren.

Ab 1. Oktober werden die Stempelgebühren wie folgt erhöht:

1. Für ein Gesuch um Erwerbsverlaßnis von Immobilien durch Ausländer 2 000 000 M.; 2. für ein Gesuch um Bestätigung oder Änderung von Statuten für Aktien- und Kommandit-Aktiengesellschaften 2 000 000 M.; 3. von Gesuchen: a) Handels- und Industrie-Konzessionen für Unternehmungen der 1., 2. oder 3. Industrie-Kategorie bzw. der 1. und 2. Handelskategorie — 2 000 000 M., b) Konzessionen für Unternehmungen aller anderen Kategorien oder für Genossenschaften 400 000 M., c) für Unternehmungen, die einer besonderen Erlaubnis nicht mehr bedürfen 400 000 M.; 4. von Gesuchen um Erlaubnis einer installativen Änderung oder Vornahme einer Installation in einem Unternehmen wie folgt: a) Industrieunternehmen der 1., 2. und 3. Kategorie, Handelsunternehmen der 1. und 2. Kategorie 2 000 000 M., b) alle anderen Unternehmen 400 000 M.; 5. von Gesuchen um Erlaubnis zur Ausführung einzelner Unternehmungen (wie Vorstellungen, Konzerte, Ausstellungen, Vergnügen, Pandalotterien usw.) 280 000 M.; 6. von Gesuchen um Genehmigung zwecks Inbetriebnahme öffentlicher Einrichtungen (wie Hotels, Restaurants usw.), falls behördlicherseits eine Schließung angeordnet wurde — 8 000 000 M.; 7. von Gesuchen um Erlaubnis einer Namensänderung 2 000 000 M. (der Akt der Namensänderung kostet weitere 12 000 000 M.); 8. von Gesuchen, in denen um Änderung der behördlichen Einschließung in Sachen öffentlicher Abgaben (Steuer, Gebühren, Zoll) nachgesucht wird — wenn die stittige Summe beträgt: a) zwischen 800 000 und 8 000 000 M. — 24 000 M., b) über 8 000 000 M. — 120 000 M.; 9. von Gesuchen, die in den obigen acht Punkten nicht erwähnt sind und von behördlichen Bescheinigungen — 120 000 M.; 10. von Anlagen zum Gesuch, pro Anlage 4000 M.

Zum Krankenlaffenärzteausstand.

Der Urząd Województwa (Wojewodschaft) hat an die Ärztekammer folgendes Schreiben gerichtet:

Die Vorstände der Krankenkassen der Stadt Posen und des Kreises Posen-West beschwerten sich, daß die Ärzte während der Zeit der Kontraktlosigkeit, die heute begann, von den Mitgliedern Beträge verlangen, die die niedrigsten Sätze des amtlichen Tarifs weit überschreiten, während die Krankenkassen ihren Mitgliedern nur die niedrigsten Sätze zurückvergüten können. Da auf diesem Untergrund zweifellos Unruhen entstehen können, bitte ich im Interesse der allgemeinen Ruhe die Ärztekammer dringend, sie möge die Ärzte der Wojewodschaft unverzüglich aufmerksamer machen, daß nach dem amtlichen Tarif entschieden unzulässig ist mehr als die niedrigsten Sätze zu verlangen und, wenn die Ärzte anders handeln, sie Waffen gegen sich selbst schmeißen und Unruhe in die Allgemeinheit tragen.

Für den Wojewoden:

Dr. Hübner, Leiter des öffentlichen Gesundheitsamts.

Wildschuß. Die Schonzeit für Rehfalber ist bis Ende 1923, für Neze gleichfalls bis Ende 1923 mit Ausnahme des Monats November festgesetzt worden.

Erhöhung der Apothekerpreise. Der „Przegląd Wioezorny“ teilt mit, daß die Apothekerwaren erneut teurer geworden sind. Mit Wirkung vom 14. September ist der gesamte Tarif für diese Artikel um 30 d. H. hinaufgesetzt worden.

Ein allgemeiner Fleischermeisterkongreß fand am vergangenen Sonntag in Pódz statt. Vertreten waren Delegierte aller Fleischermeisterinnungen Polens, über 200 an der Zahl. Im Laufe der Versammlung wurde auch auf die Teuerung, vornehmlich auch im Fleischergewerbe, hingewiesen, die hauptsächlich durch die Viehschlepperei hervorgerufen sei. Deshalb verkehrte sich die Lage der Fleischer von Tag zu Tag und die großen Transportkosten, die Finanzabgaben usw. bewirkten, wie betont wurde, ein allmähliches Zugrundegehen der Fleischer. In der Aussprache wurde besonders hervorgehoben, daß die ungeheuren Steuern, die den Industrieunternehmen auferlegt wurden, jegliche rationelle Kalkulation unmöglich machen, was vor allem vom Fleischer-gewerbe zu sagen sei. In dieser Angelegenheit wurde beschloffen, sich an den Minister für Handel und Industrie zu wenden. Ferner sagte man den Beschluß, die Regierung aufzufordern, die Einfuhr von Lebensmitteln und vor allem von Fetten aus Amerika einzuschränken und die Ausfuhr von Vieh zu verhindern. — Der nächste Kongreß soll in Warschau abgehalten werden.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt Sonntag, 30. d. Mts., einen Ausflug nach Kogalin, dem durch

seine uralten Eichen und das größte Schloß der Posener Gegend ausgezeichneten Orte. Abfahrt nach Puszchówko mit dem Personenzug um 9 Uhr 25 Min. vorm., Rückkehr 7 Uhr 45 Min. abends. Verpflegung mitnehmen; Gäste willkommen.

Im Großen Theater wird gegenwärtig Verdis „Trubadour“ neu einstudiert. Die Titelpartie wird Herr Polakowski singen. Vorbereitet wird ferner Planquettes komische Oper „Die Glocken von Corneville“, in der die Damen Fontana, Hochmow, Majchrzak und die Herren Polakowski und Romejto die Hauptpartien singen werden. Für Oktober sind vorgesehen Thomas „Mignon“ (mit Herrn Zarnacki als Wilhelm) und Auberts „Fra Diavolo“, für November Meyerbeers „Hugenotten“.

Berichtigung. Das Konzert der Geigerin Irene Dubiska (mit Prof. Kamieński) findet nicht im Vereinshausaal statt, wie gestern irrtümlich angegeben wurde, sondern im Konzertsaal der Universität (am 2. Oktober).

Beim Fahrraddiebstahl erappt wurde vorgestern Abend in einer Detillation an der St. Martinstr. ein früherer Straßenbahnangestellter B. Der Sekretär der Christlichen Gewerkschaft, der mit mehreren Bekannten im Gespräch vertieft gewesen war, vernahm hinterher sein Fahrrad, das er in eine Ecke gestellt hatte. Der Verdacht, das Fahrrad an sich genommen zu haben, lenkte sich sofort auf B., der kurz vorher das Lokal verlassen hatte. Dieser wurde dann noch in der ul. Pocztowa (fr. Friedr. Str.) in dem Augenblick ertappt, als er mit dem Rade in einem Hause, in dem er wohnt, verschwinden wollte. Er mußte nunmehr unter Aufsicht des Verlohlenen das Fahrrad wieder an Ort und Stelle bringen.

Zu dem Milliardenbetrug, über den in der gestrigen Ausgabe aus Bentschen berichtet wurde, ist weiter mitzuteilen, daß der Eindrehen beobachtet worden ist, der die gestohlenen Sachen in einem Korb ohne Dedel, bedeckt mit einem weiß-roten Tuch, weggeschafft hat und früh morgens mit dem Zuge in der Richtung nach Posen gefahren ist. Der Täter ist etwa 25 Jahre alt, bartlos, 1,70 Meter groß, trug grauen Filzhut in amerikanischer Form, ferner einen grauen Gummimantel ohne Gürt mit einem gelben Stofftragen, graue Beinkleider, eine Ledertasche in Form einer Aktentasche. Im Gebiß an der linken Seite hat der Einbrecher einen goldenen Zahn und hinter dem linken Ohr eine verheilte Wunde. Auf die Ergreifung des Einbrechers ist eine hohe Belohnung ausgesetzt worden. Personen, die über ihn irgend welche Angaben machen können, werden gebeten, dies bei der Kriminalpolizei, Zimmer 3, zu tun.

Große Diebstähle. Gestohlen wurden: aus einer Wohnung in der ul. Broclawska 20 (fr. Breslauer Str.) ein Pelz, Schmuckstücke und bares Geld im Gesamtwerte von 25 Millionen M.; aus einer Wohnung am Plac Szajlowy 11 (fr. Kanonenplatz) elf weiße Herrenhemden, gez. B. K., und acht Damenhemden, gez. B. K., im Gesamtwert von 10 Millionen M.

Die Dummheit werden nicht All. Immer wieder neue Tricks finden die Schwindler aus, um sich mühelos Geld zu erwerben. Neuerdings ist eine Schwindlerin darauf verfallen, die hohen Kohlenpreise auszunutzen. Sie tut das in der Weise, daß sie bei tiefen Einwohnern vorpricht und ihnen die Lieferung billiger Kohlen in Aussicht stellt, die sie von einem Soldaten erhalten könne. Sobald sie eine Anzahlung erhalten hat, verschwindet sie und läßt nichts mehr von sich hören. Bisher hat sie in zwei Fällen zusammen 2 Millionen Mark erschwindelt.

Wieder ermittelt worden ist der Schimmelhengst, der, wie berichtet, dieser Tage einem Jägeruntrupp an der Neuen Wartgebäude gestohlen worden war.

Polizeilich festgenommen wurden gestern 6 Dirnen, 5 Personen wegen Diebstahls, eine wegen Bettelns, 2 wegen Obdachlosigkeit.

a. Bentschen, 27. September. Zu dem traurigen Ausgang der Hochzeitfeier in Friedenstain, über die wir berichtet haben, sind inzwischen Einzelheiten bekannt geworden, die den Vorgang in wesentlichen anderen Licht erscheinen lassen. Schon am Nachmittag hatten sich im Garten des Hochzeitgrundstücks 40—50 junge Burtschen eingefunden, die dort wie die Vandalen haupften, das Obst von den Bäumen stahlen usw., so daß ein an der Feier teilnehmender Dorfschule die Burtschen in amtlicher Eigenschaft zum Verlassen des Grundstücks aufforderte. Abends kehrten sie wieder zurück und begannen ihr wüstes Treiben von neuem. Als sie nun kurz nach Mitternacht dazu übergingen, die Bienenkörbe umzustürzen, da griff Napietara zum Gewehr und gab den verhängnisvollen Schuß auf die Burtschen ab.

* Bojanowo, 27. September. Mit dem 24. September ist der seit dem 1. Januar 1922 von seinem Amte suspendierte Postamtsleiter von Bojanowo, Postsekretär Ossowski, wieder in sein Amt eingesetzt worden, nachdem sich die ihm zur Last gelegten Taten durch gerichtlich erbrachte Beweise als unwahr herausgestellt haben.

* Birnbaum, 25. September. Die G. Adamsche Dampf-Bierbrauerei, die im Jahre 1820 gegründet wurde und durch drei Generationen hindurch in der Familie blieb, ist, wie der hiesige „Stadt- und Landbote“ schreibt, dieser Tage in polnische Hand verkauft worden. — Der Preis für ein Zweieindeinhalbpfund-Brot war vor einigen Wochen nach und nach auf 12 000 M. gestiegen. Durch die Kommission zur Festsetzung der Richtpreise wurde hierfür ein Preis von 10 000 M. vor-

Reiseberichte aus Deutschland.

Von M. M.

II.

Million, ein in ehrfürchtiger Ferne schwebend, unerreichbarer Besitz, wie bist du gesunken und wertlos geworden! Wer nichts besitzt als dich, ist Bettler. Die Million ist in den Besitz der Millionen gekommen, und dadurch entwertet, weil jedermann sie besitzen muß, der leben will. Eigentlich ist sie nicht mehr Million. Man sollte ihr einen anderen Namen geben. Wenn einst wirklich, wie seltsame Phantasien fabeln, das Weltgrammophon das ganze Menschheitsgeschick in beschleunigtem Tempo wieder von sich geben sollte — schauerlich grotesker Gedanke! —, über dem ganzen Värmgewoge des achten und neunten und der folgenden Monate des Jahres des Heils 1923, würde das Wort „Million“, millionenfach wiederholt, siegreich schweben. Von Million spricht jeder, und kein anderer Gesprächsstoff hat mehr öffentliche Geltung bei den breiten Massen. Selbst der Säugling in der Wiege lernt gleich nach „Vater“ und „Mutter“ das Wort „Million“ fallen, und der lebensmüde Greis verbringt seine letzten Tage damit, über die Million zu staunen, die jetzt so überaus leutlich herabgestiegen ist von ihrem hohen Thron und zu jedem, auch dem Ärmsten, gekommen ist. Was früher die Million war, ist augenblicklich die Billion und bald vielleicht wird es die Trillion sein. Die Milliarde ist auch schon nichts mehr. Für ihre große Freundlichkeit und ihren Abstieg zu den Bettlern erntet aber die Million keine Dankbarkeit, sondern nur Verachtung. „Was kann ich mir vor 'ne lumpige Million, soviel hab ich mir heut an die Schuhsohlen abge-“ — so schimpft der Berliner Obdachlose, wenn er abends in seinem Asyl angelangt ist.

Politische Bewegungen. Angesichts der großen Not in weiten Kreisen und der noch nie dagewesenen Katastrophe des Geldwesens macht sich die politische Agitation der Regierungsgegner natürlich vor allem bemerkbar. Die Opposition bearbeitet die Massen und sucht aus der Katastrophe politisches Kapital zu schlagen. In diesem Bestreben gleichen sich die Kommunisten und die Rechtsradikalen. Beide Teile führen ihre Anhänger recht oft der Öffentlichkeit vor. Die Kommunisten ihre roten Hunderkschaften mit roten Fahnen und Sowjetstern, die Rechtsradikalen ihre jungdeutschen Orden oder ähnliche Vereinigungen. Abzeichen: Hakenkreuz. Zwi-

schen den Truppen der beiden radikalen Gegner kommt es häufig zu Zusammenstößen, wobei meistens die Kommunisten die Angreifer sind. Besonders haben es diese abgesehen auf einzelne Leute, die Hakenkreuze, kleine schwarz-weiß-rote Abzeichen oder ähnliche tragen. „Die Dummheit der Massen ist grenzenlos“, sagte ein intelligent aussehender Mann. „Da laufen die Kommunisten herum und prügeln die Leute, die kleine schwarz-weiß-rote Fähnchen als Abzeichen tragen. Sie plündern kleine Geschäftsleute aus und denken, sie haben eine Geldtasche vollbracht. Sie verfolgen die Jungdo-Leute (Jungdeutsche Orden), und wenn alles Jungdo-Leute wären, dann stände es viel besser. Ich begreife nicht, — so sagte mein Reisegefährte —, die Berliner Arbeiter. Sie haben immer einen so großen Mund. Warum schließen sie sich nicht einmal zusammen und geben auf die Börse und prügeln die ganzen Schieber hinaus? Das wäre doch wenigstens etwas!“ Diese Äußerung ist charakteristisch für das Denken vieler Volkskreise, besonders im Mittelstand. Nicht nur deutsche, sondern auch ganz radikale deutsch-völkische Anschauungen sind weit verbreitet, und gerade die gegenwärtige Notlage wird von diesen Kreisen ausgenutzt, um gegen die Regierung Stimmung zu machen. Natürlich gibt es auch hier bloße Milläuer. Das Hakenkreuz ist stellenweise zur Modesache geworden und wird von jungen Leuten getragen, weil es ihre Kameraden tragen, ohne daß sie recht wissen, wozu sie sich damit bekennen. Der Antifemismus ist übrigens stark im Wachsen und dringt sogar in die kommunistischen Kreise ein, was man kaum hätte erwarten sollen. Voller Empörung konstatieren die Leute, daß der Dollar regelmäßig am Sonabend, wo kein Börsentag ist, fällt, um am Montag von neuem zu steigen.

Eine eigentümliche politische Richtung kommt seit einiger Zeit in den deutsch-völkischen Kreisen zum Ausdruck. Es ist das Bestreben einer Annäherung an die Kommunisten. In dem sogenannten „Nationalsozialismus“ waren die Bestrebungen schon gleich nach Beendigung des Krieges vorhanden. Neuerdings erfuhr diese Bestrebungen einen neuen Anstoß durch eine Rede Karl Radeks, des russischen Bolschewistenführers, in der er den von den Franzosen erschossenen Schläger als einen „mutigen Soldaten der Konterrevolution“ feiert. Radek wies in seiner Rede auf die vaterländische Bewegung von 1813 hin, die mit der Befreiung der Bauernschaft Hand in Hand ging. Er erklärte: „Was die deutsche Bauernschaft am Anfang des 19. Jahrhunderts war, das ist für die Geschichte der deutschen Nation am Anfang des 20.

Jahrhunderts die deutsche Arbeiterklasse. Nur mit ihr zusammen kann man Deutschland von den Fesseln der Sklaverei befreien, nicht gegen sie.“ Auf die Rede Radeks meldete sich ein Echo in der rechtsradikalen Zeitschrift „Gewissen“ und in dem „Reichswart“ des Grafen Reventlow. Der Graf ist keineswegs ganz ablehnend gegenüber dem von Radek ausgestreckten Fühler. Er erklärt, daß die Völkischen überhaupt keine Klassen kennen und keine Klassen wollen, daß sie aber alle internationalistisch Gerichteteten als innere Feinde betrachten. Sobald die Kommunisten national würden, so würde es kein Hindernis mehr geben, mit ihnen Hand in Hand zu gehen. Diese seltsame Diskussion zwischen den beiden äußersten Gegenätzen wird andauernd in der „Roten Fahne“ und dem „Reichswart“ weitergeführt. In der Praxis allerdings prügeln sich die beiderseitigen Anhänger. Aber wer weiß, was die Entwicklung noch bringt? Im Grunde hängt dies wohl einzig und allein davon ab, ob Poincaré den Ernst der gegenwärtigen Stunde erkennt.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— Ferdinand Avenarius †. Im Nordseebad Sylt ist Donnerstag, den 20. September, nachts, der Herausgeber des „Kunstwart“, Ferdinand Avenarius, im Alter von 67 Jahren gestorben. Er war ein gebürtiger Berliner, studierte in Leipzig und Zürich zuerst Naturwissenschaften, dann Kunst und Literatur und ließ sich dann in Dresden nieder, wo er 1887 die Zeitschrift „Kunstwart“ und 1900 die „Kunstwart-Unternehmungen“ gründete, die er bis zu seinem Tode leitete.

— Wien rüstet zu Richard Strauß 60. Geburtstag. Die Direktion der Wiener Staatsoper und die Gesellschaft der Musikfreunde veranstalten im nächsten Jahre zur Feier des 60. Geburtstages von Richard Strauß ein Musikfest von internationalem Charakter, an dem auch die Wiener Philharmoniker mitwirken werden. Die Direktion der Wiener Staatsoper, die die Hauptveranstalterin ist, bereitet gegenwärtig Einladungen an alle führenden Persönlichkeiten auf dem Gebiete von Kunst und Literatur der ganzen Welt vor. Die Feier wird in einer zyklischen Aufführung aller dramatischen und sinfonischen Werke des Meisters sowie einer Auslese aus seinem lyrischen Schaffen bestehen. Als Zeitpunkt der Aufführung ist die erste Hälfte Mai in Aussicht genommen.

geschrieben. Vor wenigen Tagen wurde nun dieser Preis wieder auf 12 000 und jetzt auf 14 000 M. erhöht.

* Pissa, 27. September. Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung vom Montag standen nur zwei Gegenstände. Erstens wurde beschlossen nach dem Antrage des Magistrats, einen Gebäudesteuerzuschlag als Kommunalbeitrag zu erheben, und zwar von Gebäuden der 1. Klasse den 2000fachen, der 2. Klasse den 4000fachen, der 3. Klasse den 8000fachen Satz der staatlich veranlagten Gebäudesteuer. Der Beschluß erfolgte einstimmig. Der zweite Gegenstand betraf die Einführung einer städtischen Wohnungsteuer. Ein neues Gesetz, das den Kommunen das Recht zuläßt für kommunale Zwecke eine Wohnungsteuer einzuführen, ist vom Reich bereits genehmigt, bisher aber noch nicht im Gesetzblatt erschienen; daher soll die Beschlußfassung über die Einführung dieser Steuer so lange ausgesetzt werden, bis das Gesetz Rechtsgültigkeit erhält, und so wurde diese Angelegenheit vertagt. In geheimer Sitzung berichtete Bürgermeister Kowalski, der als Vertreter unserer Stadt am polnischen Stadttage in Katowitz teilnahm, über die dort gepflogenen Verhandlungen.

p. Rentomischel, 27. September. Bei einem Einbruch in die Bäckerei Linder hiesigen Kreises wurden in der Nacht zum 26. d. Mts. zwei Pelze, der eine halblang, mit weißem Schaffell und der andere ziemlich lang, sowie eine Pelzweste im Werte von 100 Millionen Mark gestohlen.

lg. Wronowitz, 27. September. Rektor Hoppe von der hiesigen katholischen Volksschule feiert am 29. d. Mts. sein fünfzigjähriges Amtsjubiläum. Der Jubilar, der sich noch einer großen körperlichen und geistigen Mithatigkeit erfreut, hat den größten Teil seiner Dienstzeit an der hiesigen Volksschule verbracht. Die Lehrerschaft des Kreises bereitet ihm eine besondere Ehrung vor. — Die für Mitte dieses Monats geplante Landwirtschafts- und

Industrielausstellung ist bis Juni 1924 verschoben worden.

* Birke, 27. September. Die auch hier eingeführten Nichtpreise sind die Ursache, daß fast keine Eier und Butter mehr in die Stadt gebracht werden. Am Montag wurden für die nur knapp vorhandene Butter, ungeachtet der Nichtpreise, 60 000 bis 70 000 M. gezahlt. Eier kosteten 2500—2800 M. das Stück. — Einem Besitzer in Koino wurden von einem über die Grenze gekommenen Mann zwei Pferde mit Geschirz und Wagen gestohlen. Die Spur führte nach Neuteich, und dort konnte auf deutscher Seite das Fuhrwerk und auch der Dieb ermittelt werden.

Anzeigen im „Posener Tageblatt“

werden in deutschen und in polnischen Kreisen aufmerksam gelesen und bieten daher die größte Aussicht auf Erfolg. Landwirte, Kaufleute, Handwerker, Techniker, Personen aller Berufe und Firmen jeder Art haben von Anzeigen im „Posener Tageblatt“ den größten Nutzen.

Versäumen Sie nicht, vom Anzeigenteil des „Posener Tageblatts“ Gebrauch zu machen!

Briefkasten der Schriftleitung.

(Anstänke werden unseren Lesern gegen Einreichung der Beglaubigung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Anfragen werden nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit „Freimarkt“ beiliegt.)

S. S. S. Es kann gar keine Rede davon sein, daß Sie Ihre Wirtschaft aus dem von Ihnen angegebenen Grunde verkaufen müssen; Sie können sie ebensogut verpachten.

E. O. Prüfungskommissionen zur Erwerbung der Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst gibt es in Polen nicht.

G. S. 28. So, wie Sie annehmen, ist die Sache denn doch nicht. Wenn die polnische Mark mit 50 000 M. notiert, so heißt das: für 100 polnische Mark erhält man 50 000 deutsche, oder für 1 polnische M. 500 deutsche M.

H. A. in Str. Wir kennen die Gründe, die zur Nichterteilung der Einreiseerlaubnis nach Polen geführt haben, natürlich nicht; es ist aber anzunehmen, daß sie in den persönlichen Verhältnissen des Antragstellers zu suchen sind. Gegen die Entscheidung kann Beschwerde bei dem Posener Wojewoden eingelegt werden.

A. S. Leider wieder nicht zur Veröffentlichung in unserem Blatte geeignet. Die Manuskripte liegen zur Abholung in unserer Geschäftsstelle bereit.

M. S. Wir können Ihre Anfrage aus grundsätzlichen Erwägungen nicht früher beantworten, als bis Sie sich durch Übersendung des Bezugscheins als Leser des „Pos. Tagebl.“ ausgewiesen haben.

A. B. G. 100. Uns ist die genaue Anschrift des amerikanischen Konsulats in Warschau nicht bekannt. Es genügt aber bei schriftlichen Eingaben die Anschrift ohne Straßenangabe.

Handel und Wirtschaft.

* Die Freigabe der polnischen Getreideausfuhr wird erneut von den Interessentenkreis gefordert. Eine Delegation von landwirtschaftlichen Produzenten und Industriellen an die Regierung weist statisch nach, daß eine Ausfuhr von 400 000 Wagon Getreide und 240 000 To. möglich ist. Die Entscheidung des Ministerrates steht noch aus.

* Über die Aufwärtsbewegung der tschechoslowakischen Wirtschaft wird uns von unserem Prager Korrespondenten geschrieben: Die tschechoslowakische Industrie verfolgt das fortgesetzte Steigen der tschechoslowakischen Wirtschaft mit großem Wohlwollen, weil sie dadurch einen erweiterten Absatz ihrer Produkte nach der Tschechoslowakei erhofft. Tatsächlich hat sich die tschechoslowakische Wirtschaft schon seit längerer Zeit in bemerkenswerter Weise aufwärts bewegt, zumal die tschechoslowakische Wirtschaft sehr rasch zur wertvollsten Valuta Mitteleuropas aufgeschwungen hat. Seit dem vorigen Herbst ist die tschechoslowakische Krone von 6 Centimes bereits um das Vielfache gestiegen. Die tschechoslowakischen Industriellen tun alles, um die zielbewusste Deflationspolitik der tschechoslowakischen Regierung zu unterstützen. Greifbare Vorteile von dem hohen Stande der tschechoslowakischen Krone werden sich aber für die tschechoslowakischen Industriellen und den Handel des Landes erst einstellen, wenn die Produktionskosten herabgesetzt werden können und der Export gehoben werden kann. Die Herabsetzung der Steuern und der Frachttarife, ferner die Verbilligung der Monopolartikel werden als unaufschiebbare Konsequenzen der Währungsreform der tschechoslowakischen Banknotens bezeichnet. Durch das ständige Steigen der tschechoslowakischen Krone will man den Bezug von ausländischen Rohstoffen verbilligen. Von einer Verbilligung der Lebensmittel und einem Abbau der Löhne und Gehälter ist in der Tschechoslowakei allerdings noch nicht viel zu hören. Solche Industrien, bei denen Gehälter und Löhne im Verhältnis zum Werte der Rohstoffe einen ausschlaggebenden Kalkulationsfaktor bilden (z. B. in der Eisenindustrie) haben unter der Annahme ihrer Ausfuhr bisher zu leiden gehabt. Dagegen ist die Ausfuhr von Zucker, Hopfen, Gerste, Malz und Holz aus der Tschechoslowakei unausgesetzt reg. Auch die Baumwoll- und Schafwollindustrie des Landes kann aus dem hohen Kronenkurs und dem dadurch hervorgerufenen billigeren Einkauf der Rohprodukte erhebliche Vorteile ziehen und ihren Export nicht nur in vollem Maße aufrecht erhalten, sondern sogar noch erhöhen. Man erwartet in der Tschechoslowakei, daß in den kommenden Monaten die Teuerung im Inlande allmählich nachlassen wird, nicht allein auf Grund billigeren Einkaufs im Ausland dank dem bedeutenden Steigen der Krone, sondern auch infolge der guten Futtermittel-ernte, die für den Viehzucht und die Fleischversorgung von großer Bedeutung ist. Die Konsolidierung der tschechoslowakischen Wirtschaft wird mit um so größerer Aufmerksamkeit verfolgt, als die Tschechoslowakei von einem Auslande umgeben ist, deren Valuta sich in entwertertem bzw. völlig gerütteltem Zustande befindet. Nicht ohne Einfluß auf den günstigen Stand der tschechoslowakischen Wirtschaft ist es natürlich geblieben, daß die Tschechoslowakei in der Lage gewesen ist, in London eine Anleihe von 5 Millionen Pfund und in Amerika eine solche von 25 Millionen Dollar aufzunehmen. Man hofft in den maßgebenden tschechoslowakischen Kreisen, daß der beträchtliche Vorsprung, den die tschechoslowakische Krone aufzuweisen hat, auch weiterhin bestehen wird und denkt daran, zu geeigneter Zeit auch in der Tschechoslowakei die Frankenwährung einzuführen. Das Verhältnis des neuen Goldfranken zur Krone wird sich natürlich aus dem Stande des Kronenkurses ergeben. Man glaubt in der Tschechoslowakei, daß, sobald die Frankenwährung zur Einführung kommt, die beiden Währungen eine Zeit hindurch parallel bestehen werden und dann nach und nach die Krone ganz aufgehoben und nur die Frankenwährung zur Geltung kommen wird. Vor einiger Zeit schien es, als ob der Wunsch nach Einführung der Frankenwährung erst in etwa 2 Jahren sich realisieren lassen würde. Wenn aber die tschechoslowakische Krone ihren hohen Stand beibehält, wird vielleicht schon früher die neue Währung eingeführt werden. Der künftige Wert der Krone wird viel davon abhängen, wie sich die Rückzahlung der amerikanischen Anleihe, die im Jahre 1924 ihren Anfang nimmt und die Begleichung der sog. „Befreiungsschuld“, die ebenfalls im kommenden Jahre beginnt, gestaltet wird. Geht dies alles glatt vonstatten, dann wird die Aufwärtsbewegung der tschechoslowakischen Wirtschaft aller Voraussicht nach einen normalen Verlauf nehmen.

Von den Märkten.

Kolonialwaren. Danzig, 26. 9. 23. Auf dem Reisemarkt ist die Tendenz stark und belebt. Burma-Isio kostet 14.7 sh. Auf

dem Ralsamarkt ist die Tendenz unklar. Superior Epoca Arriba 48 ct, Ralsamutter 48 ct, Ralsamasse 58 Millionen dtsh. Mark, Ralsapulver 58 Millionen dtsh. Mark. Die Tendenz ist im ganzen für alle Kolonialwaren abwärts.

Edelmetalle. Warschau, 26. 9. 23. (In 1000 Mks. für 1 Gr. reines Edelmetall): Gold 258—260, Platin 1215, Silber 735, Silber 102—104. Neuhort, 26. 9. 23. Diskontsatz 5. Ausl. Silber 65%. London, 26. 9. 23. Diskontsatz 3 1/2. Silber bar 32 1/4.

Getreide. Hamburg, 26. 9. 23. (In Millionen Mks.): Roggen 210—220, Hafer 220—230, Wintergerste 230—250, ausl. Gerste 230—245, Mais 260—270, Reis 14 sh. 6 d. Zucker. Neuhort, 26. 9. 23. Cuba 7.58 (Preis für 1 lb). Paris, 26. 9. 23. Wschliffe: Sept. 311, Okt. 246 1/4, Nov. 230, Dez. 223 1/4, amtli. Notierung 327.

Börse.

* Warschauer Börse vom 27. September. Die Tendenz an der heutigen Börse war etwas abgeschwächt. Diese Abschwächung ist auf den bevorstehenden Ultimo zurückzuführen. Es notieren offizielle Werte: Bank Diskontsatz 935—920, Bank Handelsbank 1475 (ohne Bezugsrecht), Bank Handelsbank 700—690, Kiewski 425—400, Gzlotocice 5000—4900, Michalow 5100—5050, Fabr. Cukru 8900—8850, Kow. Wegla 1060—900, Gzlotocice 1325, Silber 135—137, Wodziejew 1325 bis 1250, Starachowice 930—885, Parowoz 110, Gzlotocice 2100 bis 2180, Bydgoszcz 53 000—55 000, Haberbusch 510—500, Polska Rafina 105—102 1/2, Nobel 290, Gzlotocice 800—295, Jawiercie 55 000, Pociąg 145, Ursus 20, Konowia 140—135, Chodorow 925—920, Bydgoszcz 1750, Spiritus 500—540, Lepege 725—720, Unia 1400, Cerata 60—55, Kianina 30, Sita Ewialto 180. Von nichtnotierten Werten wurden gehandelt: Chybie 2100, Kujawy 20 000, Bydgoszcz 500—525, Bydgoszcz 15 000, Pruszkow 70, Elektrowita na Sanie 35, Gazy Ziemne 7500, Jarowoz 5500, Kanczuk 55, Bieda 21, Bydgoszcz 190, Zaskonowicz 20, Rittat 65, Polska Lloyd 50—55, Wschliffe 90, Gzlotocice 200, Sarniakowa Gita Sita 30, Polprob 25, Warz. Bank Jedn. 200.

* Krakauer Börse vom 26. September. Die Tendenz für Aktien ist weiter fest geblieben und macht noch neue Aufbesserungen und sogar ziemlich energische Steigerungen mit. Es notieren offizielle Werte: Bank Przemyslowy 105—110, Bank Makopolski 132—135, Bank Glem. Kredyt 47—50, Lohar 90—95, Begluga 27, Gzlotocice 2150—2240, Gzlotocice 140—146, Trzebinia Biala 181 bis 188, Bydgoszcz 150—152, Parowoz 115—118, Strug 230—250, Gorta 2750—2850, Lepege 775—800, Polska Rafina 115—125, Skatus 190—200, Sierja gor. 1250—1325, Potocia 160—175, Gzlotocice 315—335, Chodorow 970—995, Bydgoszcz 800, Nichtnotierte Werte wurden folgende gehandelt: Jarowoz 5400—5600, Gazy Ziemne 6700—6900, Chybie 1900, (bez.) 2000 (angeb.), Silesia 670 (bez.), 600 (angeb.), Bydgoszcz 160 (angeb.), Ben 320 (bez.), 350 (angeb.).

* Aktien in Berlin vom 27. September. Auszahlung: Bukarest 572 000 G., 578 000 B., Rattowiz 41 600 G., 42 400 B., Riga 492 500 G., 497 500 B., Kowno 11 880 000 G., 12 120 000 B., Noten: polnische Mark 41 150 G., 42 850 B., lettische Rubel 470 000 G., 490 000 B., estnische Mark 352 500 G., 367 500 B., Litauen 11 415 000 G., 11 885 000 B.

Ämtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 28. September 1923.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Wagon-Lieferung.)
Roggen . . . 590 000—640 000 Gerste . . . 450 000—500 000
Weizen . . . 950 000—1 050 000 Braugerste . . . 575 000—625 000
Weizenmehl 1 775 000—1 900 000 Hafer . . . 520 000—570 000
(inkl. Sack) Felderbsen . . . 900 000—1 200 000
Roggenmehl 1 960 000—1 060 000 Viktoriaerbsen 1 700 000—2 200 000
(inkl. Sack) Erbsen . . . 90 000—100 000
Weizenkleie . . . 320 000 Fabrikartfellen . . . 70 000—80 000
Roggenkleie . . . 290 000
Tendenz: fest.

Der Felderbsen und des Geldmangels wegen geringe Zufuhr.

Warschauer Vorbörse vom 28. September.

Deutsche Mark in Warschau . . . 0,002
Dollar . . . 315 000—318 000
Englische Pfund in Warschau . . 1 454 000
Schweizer Franken in Warschau . 56 800
Französischer Franken in Warschau 19 900

Kurze der Posener Börse.

	28. September	27. September
Wertpapiere und Obligationen:		
4proz. Bräm. Staatsanl. (Milsowka)	—	1000
Bankaktien:		
Bank Poln. Kredyt i Sta. I.—VII. Em.	12 500—12 000	—
Bank Przemyslowy i Handl. I. Em.	18 000—18 500	17 000
Bank Zw. Spółt. Zarobk. I.—X. Em. (ohne Bezugsrecht)	37 000—38 000	38 000
Polst. Bank Handl. i Przem. I.—VIII. Em.	20 000	—
Wojn. Bank Kiemian I.—V. Em.	5000	5000
Bank Handl. i Przem. w Grodz. I.—II. Em.	—	3000
Industrieaktien:		
R. Bydgoszcz I.—VI. Em.	13 500	13 500
G. Gzlotocice I.—IX. Em.	14 000	14 000—13 750
Centrala Molniskow I.—VI. Em.	4500	4500
Centrala Stör I.—V. Em.	28 000	28 000
G. Hartwig I.—VI. Em.	6750—6500	6500
Hartwig Rantowicz I. Em.	—	50 000—47 000
Grzelski-Wiktoria I.—II. Em.	55 000	55 000
Junio I.—II. Em.	16 000	16 000—15 000
Wschliffe, Bydgoszcz, ziem. I.—IV. Em.	775 000	775 000
Dr. Roman Wschliffe I.—IV. Em.	470 000—525 000	440 000
Mlyn Ziemianki I. Em. o. Bezugsr.	—	25 000
Mlyn Wschliffe I.—V. Em.	40 000	40 000
Bapiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	9500—10 000	7750—10 000
Patricia I.—VIII. Em.	14 000—13 000	—
Pneumatik I.—III. Em.	5000	4700—5000
Bojn. Spółt. Zarobk. I.—VI. Em.	38 000—35 000	38 000
Zu I.—III. Em.	—	16 000
Unja (früher Bensch) I. u. III. Em.	100 000—110 000	97 500—95 000
Wagon Odrowo I.—IV. Em.	40 000—42 000	40 000
Wschliffe, Bydgoszcz I.—II. Em.	—	150 000
Wschliffe, Chemikalia I.—IV. Em.	6500	7000—6800

Tendenz: uneinheitlich.

Posener Viehmarkt vom 28. September 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:
I. Rinder: I. Sorte 4 400 000—4 500 000 M., II. Sorte 3 900 000—4 000 000 M., III. Sorte 3 500 000—3 600 000 M.,
Kälber: I. Sorte 5 400 000—5 600 000 M., II. Sorte 4 800 000 M.,
II. Schafe: I. Sorte 3 800 000 M., II. Sorte 3 200 000 M.,
III. Sorte 2 200 000—2 600 000 M.,
III. Schweine: I. Sorte 7 000 000—7 200 000 M., II. Sorte 6 600 000—6 700 000 M., III. Sorte 5 600 000—5 900 000 M.,
Der Auftrieb betrug: 6 Ochsen, 49 Bullen, 114 Kälbe, 101 Kälber, 302 Schweine, 308 Ferkel (6—8 Wochen alt 1 000 000—1 200 000 M., das Paar, 9 Wochen alt 1 500 000—1 900 000 M., das Paar), 40 Schafe, 97 Ziegen. — Tendenz: lebhaft.

Danziger Frühkurse vom 28. September.

Die polnische Mark in Danzig . . . 45 000
Der Dollar in Danzig . . . 160 000 000

Warschauer Börse vom 27. September.

	Devisen:
Belgien	17 950 Paris 19 900
Berlin und Danzig	0,0021 Prag 9625
London	1 455 000—1 454 000 Schweiz 56 000
Newport	318 000—319 000 Wien 4,50
Holland	125 500 Italien 14 350—14 850

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Doewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Doewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meißner; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Stroh; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A. sämtlich in Poznań.

Arbeitsmarkt

Wir suchen möglichst für sofort mehrere bilanzsichere

Bankbuchhalter

Bewerber müssen polnische Staatsbürger sein. Gehalt nach Posener Tarif. Offerten m. Zeugnisabschriften, Lichtbild u. Ang. des Eintrittsdatums erb.

Westbank Tow. Wolsztyn.

Lüchtige jüngere Herren

in allen größeren Orten zur Übernahme einer neu zu errichtenden Filiale gesucht. Branchenkenntnisse nicht verlangt, da Einarbeitung erfolgt. Hohes Einkommen u. gute Existenz wird geb. Bewerber müssen über ein Barkapital von 10 000 000 poln. Mks. verfügen. Offerten sind zu richten unt. 9300 a. d. Geschft. d. Bl.

Fräulein,

ebgl., perfekt im Schneidern u. Nähen und leichter Hausarbeit, nicht unter 25 Jahren zu sofortiger oder später gesucht. Gute Empfehlung Bedingung; Gehaltsantrag mit Zeugnisabschr. sind einzufenden. evtl. persönliche Vorstellung. (9296)

Frau Helene Draeger, Koszów, J. Jacocin.

Perfekte deutsche Stenotypistin

flotte Maschinenschreiberin, möglichst auch mit Kenntnissen im Polnischen, von angelegener Firma in Warschau per sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Lichtbild erbeten an

Annuncienbüro Teofil Pietraszek, Warszawa, Marszałkowska 115, unter „Prima“.

Erfahrene Kinderpflegerin

ge sucht. 2 Kinder von 3 1/2 u. 4 1/2. Gehalt nach Roggen. Zeugnisabschriften sind einzufenden an

Fr. v. Beyme, Porążyn, Stary Butowicz (Poznań).

Kräftig. Mädchen

für alle vorl. Hausarbeiten im kleinen Haushalt für sofort gesucht. Vorstellung ulica Krzajewskiego (Hedwigstr.) 9a III. links (Eingang).

Stellengesuche.

Witwe sucht Stellung als Wirtin bei alleinstehend. Herrn. Ang. u. 9293 a. d. Geschft. d. Bl.

Junges Mädchen,

das die Handelschule bes. hat u. auch Kenntn. d. poln. Sprache besitzt, sucht zum 1. Oktober 1923, evtl. auch spätr Stellung im Büro als Anfangs- u. nicht hoh. Gehalt. Gefl. Offert. unt. 9260 a. d. Geschft. d. Bl.